



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2012

Maximilian Gerl

Die Legitimität der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Petra Stykow

Gliederung

1 Einleitung

2 Legitimitätskonzepte

 2.1 Grundlagen

 2.1.1 Begriffsklärung

 2.1.2 Max Webers Legitimitätskonzept

 2.2 Weiterführende Konzepte

 2.2.1 Drei Dimensionen von Legitimität nach David Beetham

 2.2.2 Performance-Legitimität nach Seymour Martin Lipset

 2.2.3 Bedinge Legitimität nach Robert D. Lamb

 2.3 Analyserahmen

3 Herrschaftslegitimität in der Volksrepublik China

 3.1 Charakteristika der Volksrepublik China

 3.1.1 Sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Prägung

 3.1.2 Fragmentierter Autoritarismus

 3.1.3 Chinas Gesellschaftsschichten

 3.2 Anwendung der Legitimitätskonzepte

 3.2.1 Legitimität über Legalität und Übereinstimmung

 3.2.2 Legitimität über Zustimmung und Performance

 3.2.3 Bedingte Legitimität über Präferenz, Macht und Interesse

4 Fazit

Anhang: Literaturverzeichnis

 Fachliteratur

 Internetreferenzen

 Zeitungen und Nachrichtenagenturen

Anhang: Eigenständigkeitserklärung

1 Einleitung

Die vielleicht größte Sensation der Veranstaltung verkündete der chinesische Premierminister Wen Jibao im März gleich zu Beginn des 2012 in Peking stattfindenden Nationalen Volkskongresses: Die Regierung korrigierte das diesjährige erwartete Wirtschaftswachstum der Volksrepublik China von 8% des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Vergleich zu 2011 auf 7,5% nach unten. „0,5 Prozentpunkte“, wie es die Süddeutsche Zeitung formulierte, „die tatsächlich einen Unterschied machen.“¹

In der Tat formieren sich unter diese Meldung zunächst einmal zwei Interpretationen von sehr unterschiedlichem Sensationsgrad. Die erste ist eine gänzlich unspektakuläre Betrachtungsweise der neuen Zahlen: Selbst wenn formal das erwartete Wirtschaftswachstum sinkt, so sind 7,5% auch ohne diesen zusätzlichen halben Prozentpunkt ein international unglaublich hoher Wert. Polen zählt mit einer realen BIP-Wachstumsrate von aktuell 2,7% im Vergleich zum Vorjahr zu den Spitzenreitern in der EU, während Deutschland nur einen Anstieg von 0,6%, Frankreich sogar von nur 0,5% zu vermelden haben. Für Griechenland wird aufgrund der momentanen Staatskrise sogar von einem Wert von -4,7% ausgegangen – ein zumindest im europäischen Raum unangefochtener Negativrekord. Doch auch starke Volkswirtschaften wie die USA und Japan werden ihr BIP wohl lediglich um 2% beziehungsweise 1,9% zu 2011 steigern.² So gesehen besitzt China wie schon in den Vorjahren mit seinem relativen Plus von 7,5 Prozentpunkten eine komfortable ökonomische Basis und ein überaus starkes Wachstum.³

Die zweite Sicht auf die Korrektur der chinesischen Wachstumsprognose beinhaltet jedoch mehr als die technisch zugegeben komplexe Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die schlussendlich in einem recht simplen und zu kurz greifenden Zahlenvergleich münden muss. Die Süddeutsche Zeitung merkt deshalb ganz zu Recht an, dass dies „den Abschied Chinas als

¹ Grzanna, Marcel: Weniger soll mehr sein, in: Süddeutsche Zeitung, 68. Jahrgang/10. Woche/Nr. 55, 06.03.2012 München, S.8

² Vgl. Eurostat.ec: Wachstumsrate des realen BIP – Volumen. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (%), unter: deutschsprachige Website der Eurostat, Daten für 2012, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=tsieb020&language=de&toolbox=data> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

³ Vgl. Taube, Markus: Wirtschaftliche Entwicklung und struktureller Wandel seit 1949, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, 3. Auflage, Bonn 2007, S.261; Krugman, Paul/Obstfeld, Maurice/Melitz, Marc: Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft. 9., aktualisierte Auflage. Pearson Deutschland GmbH, München 2012, S.368f.

Billiglohnstandort für die internationale Industriekolonne [und den] nächsten Schritt auf den Weg zur Industrienation [bedeutet].⁴ Anders ausgedrückt steht für die chinesische Regierung nicht mehr länger der grenzenlos wirkende Wirtschaftsboom im Fokus der eigenen Wirtschaftspolitik, welche das Land innerhalb kürzester Zeit zu einer weltweiten Handelsgroßmacht mit einem enormen ökonomischen und finanziellen Potential aufsteigen ließ.⁵ Stattdessen scheint sich die chinesische Führung, sofern man den Wirtschafts- und Politikjournalisten der internationalen Presse in ihren Analysen trauen darf, mit ihrer korrigierten Prognose einem stärker nachhaltig orientierten Wachstum verschrieben zu haben.⁶

Aber auch ohne die ob der Aktualität noch ausstehende wissenschaftliche Bestätigung einer solchen Kurskorrektur bietet die momentane Situation Politologen genug Anlass, China als einen Fall von besonderem Interesse zu behandeln. Schließlich ist auf der einen Seite das Land in den letzten Jahren zu einem politisch und ökonomisch bestens vernetzten *Global Player* aufgestiegen, der auf der anderen Seite mit den Werten und dem Führungsanspruch der westlichen Welt überkreuz liegt. Dieser Konflikt tritt hierzulande mit Berichterstattungen über Korruption, Defiziten in den Menschenrechten und der fehlenden Möglichkeit politischer Partizipation durch das chinesische Volk regelmäßig ans Tageslicht.⁷ Hinzu kommt der Konflikt um die Annexion Tibets⁸, was in letzter Zeit immer wieder in den Selbstverbrennungen junger Tibetaner als Akt der Demonstration gegen die Unfreiheit gipfelt,⁹ sowie die immer noch ungelöste Taiwan-Frage.¹⁰

⁴ Vgl. Grzanna: Weniger soll mehr sein, Süddeutsche Zeitung, 06.03.2012

⁵ Vgl. Fischer, Doris: Integration in die Weltwirtschaft, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.332ff.

⁶ Vgl. Grzanna: Weniger soll mehr sein, Süddeutsche Zeitung, 06.03.2012; Xin, Zhou/Yao, Kevin: Update 3 – China Cuts 2012 Growth Target to 7.5 pct, Stability Key, unter: Reuters.com, 04.03.2012, <http://www.reuters.com/article/2012/03/05/china-npc-budget-idUSL4E8E50BT20120305> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

⁷ Vgl. He, Qinglian: China in der Modernisierungsfalle. Hamburger Edition HIS Verlagsges., Hamburg 2006, S.14ff., S.36ff.. Ein aktuelles Beispiel über die Missstände in China, besonders in Hinblick auf die Menschenrechte, und ihre Medienberichterstattung ist die international vielbeachtete Ausweisung des Dissidenten Chen Guangcheng, der sich zuvor in die US-amerikanische Botschaft in Peking geflüchtet hatte. Vgl. hierfür Eckholm, Erik: Even in New York, China Casts a Shadow, unter: The New York Times Online, 18.06.2012, http://www.nytimes.com/2012/06/19/world/asia/chen-guangcheng-is-safe-in-new-york-but-thinks-of-china.html?_r=3, (letzter Zugriff am 02.07.2012)

⁸ Vgl. Hartmann, Jürgen: Politik in China. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S.130ff.

⁹ Vgl. Kirchner, Ruth: Tibetischer Protest gegen Peking: Die Serie der Selbstverbrennungen reißt nicht ab, unter: Tagesschau.de, 11.06.2012, <http://www.tagesschau.de/ausland/tibet-selbstverbrennungen100.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

¹⁰ Vgl. Schubert, Gunter: Taiwans langer Weg zur konsolidierten Demokratie, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.220ff.

Die schlechten Ergebnisse in Demokratierankings wie etwa dem Freedom House Index erregen demgemäß keine große Verwunderung. China ist dort als *not free* eingestuft und weist zusätzlich eine sich aufgrund der verstärkten Bemühungen um Zensur und Behinderung von Menschenrechtler verschlechternde Perspektive auf.¹¹ Doch warum scheint sich das Regime dann trotz mangelhafter Demokratisierung und Repressionen einer so hohen Unterstützung durch die Chinesen zu erfreuen? Länderübergreifende Studien legen überraschenderweise dar, dass die alleinregierende Kommunistische Partei Chinas (KPCh) über vergleichsweise hohe Legitimitätswerte in der Bevölkerung verfügt. Bruce Gilley zum Beispiel listet bei einer Studie zur Herrschaftslegitimität zwischen 72 Ländern die Volksrepublik auf Platz 13 und damit noch vor etablierten Demokratien wie Portugal (Platz 15) oder Großbritannien (Platz 18).¹² Auch Zhengxu Wang dokumentiert bei einer Untersuchung des Verhältnisses von wirtschaftlicher Entwicklung und politischem Vertrauen überraschend hohe Legitimitätswerte in der Bevölkerung gegenüber dem chinesischen Regime und zeigt auf, dass Legitimität eben nicht als notwendige Folge aus Demokratisierung erwächst, sondern genauso gut aus anderen Faktoren heraus entstehen kann.¹³

In der Tat wird eine Betrachtung Chinas unter allein demokratietheoretischen Gesichtspunkten der Wirklichkeit nicht gerecht – und kann noch viel weniger die erhebliche Differenz zwischen unserem allgemeinen Verständnis von Demokratie und Legitimität erklären. Nach sechs Dekaden uneingeschränkter Regierungsgewalt durch die KPCh¹⁴ muss daher ohne Zweifel die Frage nach den Machtgrundlagen einer solch langjährigen Herrschaft in den Mittelpunkt rücken. Da es bislang keine Anzeichen dafür gibt, dass die Partei in naher Zukunft auf ihre Alleinherrschaft verzichten möchte,¹⁵ ist die Erhaltung dieses Anspruchs mit zunehmenden Schwierigkeiten verbunden, denn „massiver gesellschaftlicher Wandel in einem kur-

¹¹ Vgl. Puddington, Arch: Freedom in the World 2012: The Arab Uprisings and Their Global Repercussions. Online-Publikation für Freedom House, 2012, unter: Website von Freedom House, http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline_images/ FIW%202012%20Booklet--Final.pdf, (letzter Zugriff am 02.07.2012), S.1ff., S.22

¹² Vgl. Gilley, Bruce: The Determinants of State Legitimacy: Results for 72 Countries, in: Political Science Review, Vol. 27/Nr. 1, 2006, S.47ff., S.63

¹³ Vgl. Wang, Zhenxu: Before the Emergence of Critical Citizens: Economic Development and Political Trust in China. Online-Publikation für die World Values Survey Association, 2005, unter: Website des World Values Survey, http://www.worldvaluessurvey.org/wvs/articles/folder_published/publication_493/files/Trust%20in%20China.doc (letzter Zugriff am 02.07.2012)

¹⁴ Gerechnet ab der Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao Zedong am 01.10.1949. Vgl. hierfür Klaschka, Siegfried: Die politische Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.139

¹⁵ Vgl. Gilley, Bruce: Legitimacy and Institutional Change: The Case of China, in: Comparative Political Studies, Vol.41 /Nr. 3, 2008, S.264; He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.504ff.

zen Zeitraum bringt gleichsam zwangsläufig ein hohes Maß an Destabilisierung mit sich.¹⁶ Die genaue Art und Weise der Legitimität der Herrschaft durch die KPCh gerät also zugleich zum Schlüssel zum chinesischen Regime: Versteht man die besondere Bewandtnis, die es mit der Legitimität in China auf sich hat, so versteht man auch die Politik der Führungsspitze, umso mehr, als dass die Partei sogar den eigentlichen Souverän der vermeintlichen „Volksrepublik“ mimt.¹⁷

Es ist daher vollkommen angemessen, sich für die Politikwissenschaften im Rahmen dieser Arbeit folgende Frage zu stellen: Wie legitimiert sich die kommunistische Herrschaft in China? Und welche weiteren Faktoren könnten darüber hinaus diese Legitimität noch verstärken?

Zur Beantwortung dieser Forschungsfrage habe ich mich in meinem Theorieteil auf Literatur aus der Legitimitätsdebatte um Max Weber, David Beetham, Seymour Martin Lipset und Robert D. Lamb gestützt, um mir ein in sich konsistentes Fundament erarbeiten zu können. Für den daran anschließenden praktischen Part waren mir insbesondere die Analysen der China-Forscher Jürgen Hartmann, Sebastian Heilmann, Thomas Heberer und Bruce Gilley eine unerlässliche Hilfe, ebenso im Übrigen die detaillierte Beschreibung der chinesischen Herrschaftsverhältnisse durch Qinglian He und der von Doris Fischer und Michael Lackner über die Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Sammelband „Länderbericht China“.

Ergänzend dazu habe ich im Internet verfügbare Daten aus den Archiven von Weltbank, World Values Survey und Transparency International verwendet. Abgerundet wird meine Recherche durch offizielle Quellen, die ich der Website der KPCh, chinesischen Regierungsstellen oder den Webauftritten von parteinahen Organisationen und Zeitungen (z.B. People's Daily oder China Today) entnommen und in ihrem Gehalt mit der einschlägigen Forschungsliteratur über China verglichen habe. Daher bin ich äußerst zuversichtlich, dass mein Resultat mit wissenschaftlichen Standards vereinbar, rekonstruktionslogisch und in seiner Ausführung überzeugend ist und darüber hinaus mit den aktuellen Trends in der internationalen China-Forschung in Übereinstimmung steht.

¹⁶ Heberer, Thomas: Soziale Herausforderungen im städtischen und ländlichen Raum, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2007, 3. Auflage, S.463

¹⁷ Vgl. Heilmann, Sebastian : Das politische System der Volksrepublik China. 2., aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S.80

2 Legitimitätskonzepte

Eine jede Untersuchung von Herrschaftslegitimität benötigt vorrangig eine erschöpfende Begriffsdefinition, welche hier als theoretische Basis mit Webers Idee des Legitimitätsglaubens verbunden werden soll. Daran anschließend werde ich drei weitere, für mein Projekt passende Konzepte vorstellen: Beetham formuliert drei verschiedene Dimensionen zur Erzeugung von Legitimität, die Lipset in einer ergänzenden Ebene um die sogenannte Performance-Legitimität erweitert. Lamb schließlich bietet mit seiner Unterscheidung zwischen Struktureller und Bedingter Legitimität einen gelungenen Erklärungsansatz, warum die Volksrepublik China in Studien so überraschend hohe Werte und damit eine so ausgeprägte Herrschaftslegitimität erzielt.

2.1 Grundlagen

2.1.1 Begriffsklärung

Was bedeutet eigentlich Legitimität? Dazu existieren zahlreiche Auffassungen, die nicht nur vom beruflichen Hintergrund ihres jeweiligen Autors abhängig, sondern ebenso sehr in Zeit und Ort verankert sind. Daher finden sich je nach Epoche bei Juristen, Soziologen, Politikwissenschaftlern und Philosophen große Unterschiede in der jeweiligen Deutung von Legitimität.¹⁸ Untrennbar ist sie jedoch meist mit dem Ausdruck der Herrschaft verbunden, also mit der Eigenschaft, „für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden.“¹⁹

An Max Weber anknüpfend lässt sich damit feststellen, dass unter Legitimität die Anerkennungswürdigkeit und Rechtmäßigkeit von Herrschaft verstanden werden kann. Herrschaft ist als Synonym zu Autorität zu sehen, der sich allerdings nur unter gewissen legitimierenden Bedingungen und Handlungen, mithin also unter einer bestimmten Organisation unterworfen

¹⁸ Vgl. Beetham, David: *The Legitimation of Power*. The Macmillan Press LTD, Hounds-mills, Basingstoke, Hampshire 1991, S.3

¹⁹ Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 5. Auflage, Tübingen 1972, S.122

wird.²⁰ Doch obwohl in der Realität Herrschaft und Legitimität sicherlich Hand in Hand gehen, muss aus wissenschaftlicher Sicht zwischen beiden Vorstellungen strikt getrennt werden.²¹ Regieren ohne Legitimität ist zwar möglich, aber für den Regierenden selbst nicht wünschenswert, denn „without the legitimacy [...] the ruling party’s power over society became a largely negative one.“²² Zusammenfassend wird Legitimität damit zu einer wirksamen Art des innersystemischen Machterhalts, womit sich die herrschende Elite vor der Absetzung durch das Volk schützt:

„A government whose population considers it legitimate is a government that need not fear rebellion; a population that considers its government legitimate is a population that does not wish to rebel.“²³

Wichtig für ein genaueres Verständnis ist zudem die Aufteilung von Legitimität in eine Makro- und eine Mikroebene. In der Makroebene werden rein objektive Merkmale betrachtet, die sich auf das System an sich beziehen und es in einen übergeordneten Kontext stellen, während in der Mikroebene die Beziehung zwischen Individuen und eben diesem System in den Mittelpunkt rückt.²⁴ Legitimität besitzt darüber hinaus aber noch einen zweiten multidimensionalen Charakter. Schließlich kann sie entweder normativ – etwa wie sie sich aufgrund einer prägenden Anthropologie bei Hobbes ergäbe²⁵ – oder praktisch-deskriptiv behandelt werden. Letzteres ist beispielsweise bei Carl Schmitt der Fall, für den sich Herrschaft statt durch Moral und Verfassung letztendlich am praktischen Gestaltungswillen bemisst,²⁶ ebenso bei Machiavelli und seiner bewussten Ausklammerung von ethischen Maßstäben.²⁷ In ähnlicher Weise soll in der vorliegenden Arbeit verfahren werden: Was interessiert, ist nicht eine Bewertung der Herrschaft durch die Augen unseres westlich-demokratischen Wertekonsens,

²⁰ Vgl. ebd., S.122ff.; vgl. Fitzi, Gregor: Max Webers politisches Denken. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2004, S.125ff.

²¹ Vgl. Beetham: The Legitimation of Power, 1991, S.42ff.

²² Ebd., S.29

²³ Lamb, Robert D.: Measuring Legitimacy in Weak States. Working Paper am Center for International and Security Studies at Maryland der University of Maryland, 2005, unter: http://www.cissm.umd.edu/papers/files/lamb_measuring_legitimacy_2005.pdf, (letzter Zugriff am 02.07.2012), S.2

²⁴ Vgl. ebd., S.8ff.; Weatherford, M. Stephen: Measuring Political Legitimacy, in: American Political Science Review, Vol.86/Nr.2, 1992, S.149ff.

²⁵ Vgl. Machiavelli, Niccolò: Il Principe. Der Fürst. Philipp Reclam jun., Stuttgart 2007 (Reprint: Original 1532); Schwaabe, Christian: Politische Theorie 1. Von Platon bis Locke. Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2007, S.129ff.

²⁶ Vgl. Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen. Drucker & Humblot, Berlin 1932, 7. Auflage

²⁷ Vgl. Hobbes, Thomas : Leviathan. Cambridge University Press, Cambridge 2007 (Reprint: Original 1651), 10. Auflage; Schwaabe: Politische Theorie 1, 2007, S.107ff.

sondern vielmehr die besondere Beziehung zwischen Herrschaft und Beherrschten und wie sie Legitimität generiert.

Daher werde ich ebenso auf Überlegungen verzichten, die auf einer Beziehung zwischen Legitimität und Demokratien basieren. Diese setzen für gewöhnlich die Möglichkeit freier und gerechter Wahlen voraus, was im Fall China nicht gegeben ist.²⁸ Somit bleiben unter anderem Luhmanns Konzeption über Zustimmungsverfahren durch Wohlstand und Wohlfahrt in Demokratien oder Senneths Kritik der Flexibilisierung in westlichen Gesellschaften trotz interessanter Aspekte zwangsläufig unberücksichtigt.²⁹

2.1.2 Max Webers Legitimitätskonzept

Bei einer Analyse von Legitimität nach unserer heutigen Auffassung steht Max Weber mit Recht zu Beginn einer jeden politikwissenschaftlichen Untersuchung.³⁰ Später wird noch deutlicher werden, dass seine Überlegungen das wichtige Fundament darstellen, auf welches sich zahlreiche andere Legitimitätskonzepte explizit beziehen.

Für Weber wird die Möglichkeit der Herrschaftsausübung zum einen durch „ein bestimmtes Minimum an Gehorchenwollen, also: *Interesse*“³¹ und zum anderen durch den sogenannten Legitimitätsglauben bedingt. Letzterer ist zwar für Herrschaft an sich nicht unbedingt notwendig, da sich ein illegitimes Regime auch mittels Zwang an der Macht halten kann, so lange das Vertrauen zwischen der herrschenden Elite und dem von ihr profitierenden Verwaltungsapparat bestehen bleibt. Trotzdem kommt dem Legitimitätsglauben neben dem Motiv des (Zweck-)Materialismus eine Schlüsselrolle zu, denn „jede [Herrschaft] sucht [...] den Glauben an ihre ‚Legitimität‘ zu erwecken und zu pflegen.“³² Ein Kunststück, das, sofern es gelingt, jede Herrschaft in den Augen der Beherrschten legitim werden lässt und ihren Gehorsam garantiert. Der Legitimitätsglaube wird damit zum zentralen Bestandteil der Herrschafts-

²⁸ Die für diese Arbeit entscheidenden Charakteristika des chinesischen Systems werden in Kapitel 3.1 näher erläutert.

²⁹ Vgl. Heidenreich, Felix: Ökonomismus – eine Selbstgefährdung der Demokratie? Über Legitimation durch Wohlstand, in: Brodocz, Andre/Llanque, Marcus / Schaal, Gary (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S.375ff

³⁰ Vgl. Gilley: The Determinants of State Legitimacy, 2006, S.47ff.; Anter, Andreas: Max Webers Staatssoziologie im zeitgenössischen Kontext, in: Anter, Andreas/Breuer, Stefan (Hrsg.): Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S.13ff.

³¹ Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 1972, S.122

³² Ebd., S.122

ausübung, wie auch Beetham folgerichtig analysiert: „Power is legitimate where those involved in it believe it to be so.“³³ Je nach Art von Glaube und seiner Gehorsamsgewinnung lassen sich drei Reinformen legitimer Herrschaft unterscheiden: rational, traditional und charismatisch.³⁴

Die rationale Herrschaft beruht auf sachlichen Überlegungen sowie festgeschriebenen Gesetzen und Verordnungen, denen sich auch der Herrscher selbst nicht entziehen kann. Seine Verwaltung wird von Beamten mittels klar geregelter Kompetenzen und Hierarchien in Behörden erledigt.³⁵ Im traditionellen Typus hingegen ist der Herrscher zugleich Herr, der seinen Anspruch in Historie und Tradition verwurzelt sieht; dementsprechend stützt er seine Verwaltung auf Diener und ihre persönliche Loyalität und hat sogar die Möglichkeit, die Tradition zu seinen Gunsten umzudeuten.³⁶ Zu guter Letzt manifestiert sich der charismatische Typus anhand einer Gestalt mit „außeralltäglichen, nicht jedem andern zugänglichen Kräften oder Eigenschaften“³⁷, welche ihr für zumindest eine gewisse Zeit den Führungsanspruch garantieren. Im Gegensatz zu den anderen beiden Typen ist die charismatische Herrschaft jedoch äußerst eng mit der Person des Herrschers verzahnt, sodass bei Nachlassen seiner faszinierenden Fähigkeiten seine Anhänger von ihm abfallen und die weitere Gefolgschaft verweigern.³⁸

Wenngleich Max Webers Legitimitätskonzept ohne jeden Zweifel wichtig ist für die politikwissenschaftliche Forschung im Allgemeinen und für vorliegende Bachelorarbeit im Besonderen, weist sie dennoch einige Mängel auf. In theoretischer Hinsicht etwa lässt sich über die starke Stellung des Verwaltungsapparats debattieren, was einen genauen Blick auf Organisationsstrukturen aller Art nötig macht.³⁹ Kritik bekommt Weber ebenso für die unberücksichtigte Multidimensionalität von Legitimität⁴⁰ und die fehlende normative Komponente der

³³ Beetham: The Legitimation of Power, 1991, S.8

³⁴ Vgl. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 1972, S.122ff.

³⁵ Ebd., S.124ff.; Fitzi: Max Webers politisches Denken, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2004, S.135ff.
Zur besseren Vorstellung sei erwähnt, dass sich die legitime rationale Herrschaft – so wie sie Weber beschreibt – am ehesten von allen drei Typen mit unseren heutigen Vorstellungen von Staat, Verwaltungsapparat und Legitimität in Einklang bringen lässt.

³⁶ Vgl. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 1972, S.130ff.

³⁷ Ebd., S.140

³⁸ Vgl. ebd., S.140ff.

³⁹ Vgl. Beetham, David: Max Weber and the Theory of Modern Politics. Polity Press, 2. Auflage, Cambridge 1985, S.63ff.; Lipset, Seymour Martin: Political Man. The Social Bases of Politics. Doubleday & Company, New York 1960, S.36f.

⁴⁰ Vgl. Beetham: The Legitimation of Power, 1991, S.11ff.

legalen Herrschaftsausübung.⁴¹ Manchmal wird daher auch auf die zeitgenössische Kollegen Tönnies, Jellinek oder von Gierke verwiesen, für die Idealismus mitunter ein Teil ihrer staats-systemischen Überlegungen darstellte.⁴² Unter Berücksichtigung des von ihm formulierten Postulats der Wertfreiheit liegt aber zugegeben der Gedanke nahe, dass es eben genau nicht in Webers Sinne lag, sein Legitimitätskonzept auf normative Werte zu gründen.⁴³ Sowieso ist sein „Wissenschaft und Gesellschaft“ als vom Autor teils unredigierte Posthum-Veröffentlichung mit einer gewissen wissenschaftlichen Vorsicht zu genießen.⁴⁴

Die praktischen Defizite hingegen bleiben und lassen sich keinesfalls so einfach aus der Welt schaffen. Eine Einordnung von Systemen in die drei Herrschaftstypen ist schlicht und einfach nicht besonders sinnvoll, „da die allergrößte Zahl der Länder dieser Erde dem Typ ‚legal-rationalbürokratisch‘ zugeordnet werden müsste.“⁴⁵ Aufgrund mangelnder Abgrenzungsmöglichkeiten findet ein Kategoriensystem der verschiedenen legitimen Herrschaftsformen keine plausible Anwendung.

Zu Webers Verteidigung sei angemerkt, dass ihm dieses Problem durchaus bewusst war und sich „die historische Gesamtrealität [nicht] in das [...] Begriffsschema ‚einfangen‘“⁴⁶ lässt, die sie paradoxe vorgibt. Das mindert aber leider nicht die praktische Umsetzungsschwierigkeit; die Volksrepublik verweigert sich jedenfalls einer klaren Einteilung in die Typologie. Zudem hat Wang, wie bereits eingangs erwähnt, in seiner Untersuchung von politischem Vertrauen für den Fall China eindrucksvoll gezeigt, dass eine solche Sichtweise als einzige Erklärung für Herrschaftslegitimität viel zu kurz greift.⁴⁷ So reizvoll der Gedanke des Legitimitätsglaubens also auch sein mag, er lässt doch mehrere systemische und gesellschaftliche Faktoren außer Acht. Beispielsweise bleibt ungeklärt, wie sich aktuelle Politikmaßnahmen auf das Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten auswirken oder wie

⁴¹ Vgl. Achini, Christoph: Szenarien für die zukünftige Entwicklung von demokratischen und autokratischen Regierungssystemen in einem globalisierten Umfeld. Eine empirische Analyse der Wirkungszusammenhänge von Modernisierung, Globalisierung und Demokratie unter besonderer Berücksichtigung des Faktors ‚politische Legitimität‘. Druckerei der Universität Zürich, Zürich 1999, S.108

⁴² Vgl. Anter: Max Webers Staatssoziologie, 2007, S.26ff.

⁴³ Vgl. Fitzi: Max Webers politisches Denken, 2004, S.15ff.

⁴⁴ Vgl. Schlüchter, Wolfgang: „Wirtschaft und Gesellschaft“ – Das Ende eines Mythos, in: Weiß, Johannes (Hrsg.): Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung. Suhrkamp, Frankfurt/Main 1989, S.55ff.

⁴⁵ Achini: Szenarien für die zukünftige Entwicklung, 1999, S.101. Achini rechnet an dieser Stelle lediglich Ghandi, Atatürk und Khomeini zu charismatisch legitimierten Herrschern. Zu den modernen Vertretern des traditionellen Herrschaftstypus zählt er nur noch wenige Staaten wie Marokko oder Jordanien (vgl. ebd.), was im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings und seiner „Reformwelle“ inzwischen für manches System zweifelhaft sein dürfte.

⁴⁶ Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 1972, S.124

⁴⁷ Vgl. Wang: Before the Emergence of Critical Citizens, 2005

letztere überhaupt ihre Akzeptanz und Anerkennung der Regierung artikulieren. Folglich scheint es angeraten, für eine fallbezogene und aussagekräftige Analyse von Legitimität weiterführende Konzepte zu betrachten. Deshalb werde ich im Weiteren die Überlegungen von Beetham, Lipset und Lamb zu diesem Thema vorstellen, miteinander verknüpfen und schlussendlich für die vorliegende Forschungsfrage operationalisieren.

2.2 Weiterführende Konzepte

2.2.1 Drei Dimensionen von Legitimität nach David Beetham

In „The Legitimation of Power“ entwickelt Beetham Webers Legitimitätskonzept weiter. Die zuvor zentrale Vorstellung eines Legitimitätsglaubens rückt jetzt in den Hintergrund; war der Begriff zuvor noch aus zeitgeschichtlichen Gründen mit der Legitimität selbst gleichgesetzt, stellt er nun nur noch ein Element davon dar.⁴⁸ Ebenfalls in Abgrenzung zu Weber wandelt sich die Definition im Sinne einer „moralischen Rechtfertigbarkeit von Machtbeziehungen aufgrund rational erklärbarer normativer Prinzipien.“⁴⁹ Dies erklärt auch die stärkere Berücksichtigung der ehedem vernachlässigten Multidimensionalität, welche Beetham gar als „key to understanding the concept of legitimacy“⁵⁰ bezeichnet und die sich in drei jeweils von einander abgrenzenden Ebenen offenbart. Die Herrschaftsausübung wird demnach legitim, wenn

- „i) it conforms to establish rules
- ii) the rules can be justified by reference to beliefs shared by both dominant and subordinate, and
- iii) there is evidence of consent by the subordinate to the particular power relation.“⁵¹

Das Argument hinter der ersten Dimension erhebt Anspruch auf universelle Gültigkeit: Herrschaft kann nur legitim sein, sofern sie sich in Einklang mit den im betreffenden System gegebenen Normen und Gesetzen befindet. Tut sie das nicht, ist die Herrschaft automatisch

⁴⁸ Vgl. Beetham: The Legitimation of Power, 1991, S.8ff.

⁴⁹ Acchini: Szenarien für die zukünftige Entwicklung, 1999, S.97

⁵⁰ Beetham: The Legitimation of Power, 1991, S.15

⁵¹ Ebd., S.16

illegitim. Die Regeln selbst müssen nicht in schriftlicher Form existieren, solange sie in richterlich-legaler Form oder auch nur als bloße, unumstößliche Konventionen vorliegen.⁵²

Die Herrschaft an sich ist gültig, weil legal – doch das hat nichts mit dem Glauben der Bevölkerung zu tun, die nicht nur die Herrschaft, sondern auch die ihr zugrunde liegenden Gesetze akzeptieren muss. Deshalb müssen diese in der zweiten Dimension mit den sozialen Normen der Bevölkerung übereinstimmen, um ihre eigene Legitimitätsbasis zu erlangen. Ein einsetzender Wertewandel ist daher eine der größten Gefahren für den Herrscher: Er selbst mag zwar noch dank der Gesetze legal herrschen, hat aber durch den schwindenden Rückhalt der von ihm Beherrschten zunehmend mit Legitimitätsdefiziten zu kämpfen.⁵³

Beetham folgert seine dritte Stufe direkt aus Webers Beschreibung der charismatischen⁵⁴ Herrschaft und wandelt den Begriff um. Der Herrscher wird nun nicht mehr (allein) durch seine außergewöhnlichen Fähigkeiten legitimiert, sondern stärker durch die Gefolgschaft seiner Anhänger. Selbige umfassen in der Regel zwar nicht die gesamte Bevölkerung, machen jedoch ihren wichtigsten und maßgeblichen Teil aus, welcher die übrigen Gesellschaftsströmungen dominiert und ausdrücklich der Herrschaft zustimmt. Wie die genaue Demonstration von Zustimmung erfolgt, ist dabei zweitrangig – entscheidend ist, dass irgendeine Form ausdrücklicher Bejahung der Herrschaft erfolgt.⁵⁵

Die Legitimität von Herrschaft über die drei Dimensionen kann man auch wie in Abbildung 1 ausdrücken, die vor allem den Umstand verdeutlichen soll, dass Legitimität eben keine „all-or-nothing affair“⁵⁶ ist. Beethams Vorstellung von Legitimität besteht vielmehr aus mehreren voneinander getrennten Elementen, welche jede für sich Legitimität generieren kann; aus der einen folgt also nicht automatisch die andere, wenngleich der ersten Dimension ein allgemeingültiger Charakter unterstellt sei. Aufgrund seiner speziellen Kombination ist Beethams Beurteilungsraster in der praktischen Legitimitätsanalyse sehr viel besser anwendbar, da es erlaubt, valide Indikatoren für die einzelnen Dimensionen zu kreieren.

Passenderweise bezieht sich das Konzept nicht allein auf Demokratien und findet ebenso gut bei autoritären Systemen Anwendung. Gilley beispielsweise greift bei seiner Analyse

⁵² Vgl. ebd. S.16

⁵³ Vgl. ebd., S.17f., S.28

⁵⁴ Das Wort *Charisma* entlehnt Weber im Übrigen dem Alt-Christentum als Ausdruck der sogenannten Gnadengabe (vgl. selb.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 1972, S.124). Beetham dagegen verwendet den Begriff in einer Form, die unserem Verständnis von *Charisma* mehr entgegenkommt.

⁵⁵ Vgl. Beetham: *The Legitimation of Power*, 1991, S.18f.

⁵⁶ Ebd., S.19f.

von Legitimität für 72 Staaten auf Beetham zurück, indem er selbige als „a state is more legitimate the more that is treated by its citizens as rightfully holding and exercising political power“⁵⁷ definiert. Im gleichen Maße leitet er die für seine Messung erforderlichen Indikatoren aus Beethams drei Dimensionen ab.⁵⁸

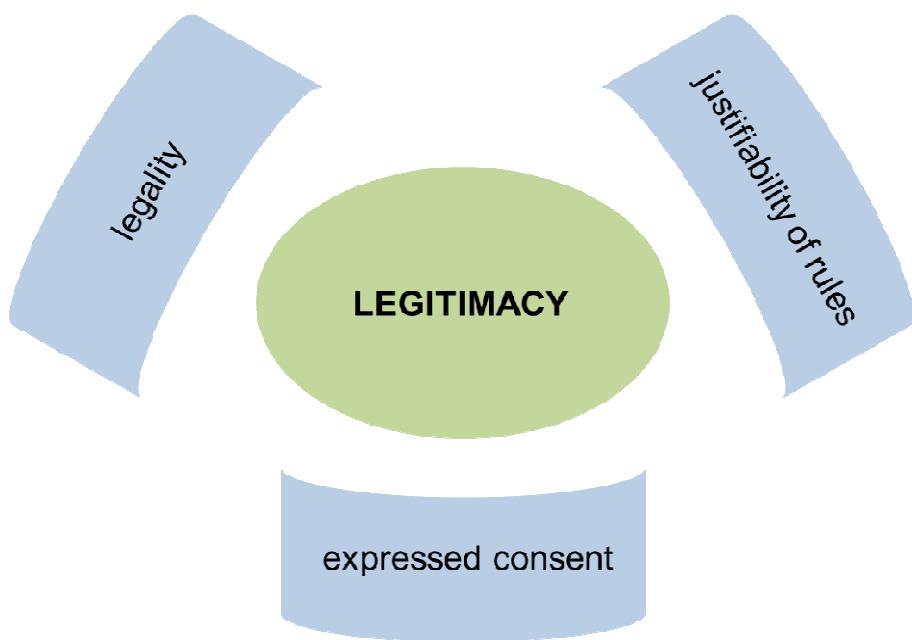


Abbildung 1: Beethams drei Dimensionen von Legitimität. Grafik aus eigener Erstellung.

Dennoch finden sich Schwachstellen in der Argumentation. Laut Beetham wird ein Militärregime nie Legitimität besitzen, weil es seine Bevölkerung von der Politik fernhält und sich selbst so jeder öffentlichen Zustimmung verweigert. Das sich daraus ergebende Problem der fehlenden Legitimität bei trotzdem anhaltender Herrschaft schiebt er dem Umstand zu, dass selbige auch über Repressionen aufrechterhalten werden kann.⁵⁹ Achini legt jedoch dar, dass sich Militärregime – und autoritäre Systeme im Allgemeinen – sehr wohl über Versprechen, die das zukünftige Wohl der Bevölkerung betreffen, und das Erreichen dieser Zusicherungen legitimieren können.⁶⁰

⁵⁷ Gilley: The Determinations of State Legitimacy, 2006, S.48

⁵⁸ Vgl. ebd., S.47ff.

⁵⁹ Vgl. Beetham: The Legitimation of Power, 1991, S.233f.

⁶⁰ Vgl. Achini: Szenarien für die zukünftige Entwicklung, 1999, S.111

2.2.2 Performance-Legitimität nach Seymour Martin Lipset

Um die Forschungsfrage adäquat beantworten zu können, scheint also eine weitere Dimension nötig zu sein, die sich in Lipsets Legitimitätskonzept wiederfindet. Im Zentrum seiner Überlegungen steht die Effektivität eines politischen Systems im Sinne von Performance, also „the extent to which the system satisfies the basic functions of government as most of the population and [...] powerful groups within it [...] see them.“⁶¹ Die Bevölkerung besitzt demnach bestimmte Werte und Erwartungen, die sie von den herrschenden Institutionen erfüllt sehen möchte. Effektivität als der Output von Handlungen einer Herrschaft kann diese legitimieren, sofern sie mit den artikulierten Ansprüchen der Beherrschten übereinstimmt.⁶²

Dieses Verständnis von Effektivität bedeutet allerdings nicht – obwohl es zugegeben naheliegend ist – dass Performance lediglich als eine weitere mögliche Kategorie von Legitimität zu sehen wäre. Vielmehr stellt sie nach Lipset eine eigene zusätzliche Variable dar, die aber nicht unbedingt notwendig ist, um Herrschaft zu legitimieren.⁶³ Dieser Umstand spiegelt sich auch in Beethams Legitimitätsauffassung wider. Denn Herrschaft kann bereits aufgrund ihrer Legalität legitim sein, unabhängig davon, wie die vom System erzielte Performance ausfällt. Trotzdem spielt eine auf die Bevölkerung abgezielte und vor allem gelingende Performance der Herrschaft natürlich in die Hände, besonders wenn ihr längerfristiger Erfolg bescheiden ist. In manchem Fall kann sich die Performance daher gar zum einzigen nötigen Legitimitätsfaktor mausern.⁶⁴

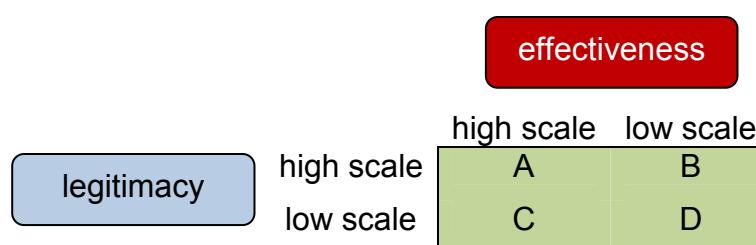


Abbildung 2: Legitimität und Effektivität als zwei Komponenten. Nach Lipset: Political Man, 1960, S.81, Grafik aus eigener Erstellung.

⁶¹ Lipset: Political Man, 1960, S.77. *Im Deutschen werden Effektivität und Effizienz des Öfteren verwechselt, obwohl sie unterschiedliche Bedeutungen haben. Effektivität bezeichnet ganz allgemein eine gelungene Leistung oder Wirkung; Effizienz hingegen hängt zusätzlich noch vom Arbeitsaufwand ab, der zur Erreichung dieses Ziels nötig ist. Eine von Anfang an klarere Unterscheidung bietet der in der Forschung mittlerweile etablierte Begriff der Performance, der auch im Folgenden verwendet werden wird.*

⁶² Vgl. Lipset: Political Man, 1960, S.77ff.

⁶³ Vgl. ebd., S.77ff.

⁶⁴ Vgl. ebd., S.77ff., S.82

Die voranstehende Grafik verdeutlicht noch einmal den besonderen Zusammenhang zwischen Legitimität und Performance: Politische Systeme, die dem Feld C zugerechnet werden, sind zwar effektiv, aber illegitim, während für ihre Pendants von Feld B der umgekehrte Fall gilt. Legitimität und Effektivität können sich demnach gegenseitig bedingen, wie es im besten Fall bei stabilen Staaten (Feld A) oder im schlechtesten Fall bei *failing states* (Feld D) zu beobachten ist, müssen es aber nicht zwangsläufig tun.⁶⁵

Achini führt dementsprechend aus, dass für moderne Gesellschaftsformen die Performance-Legitimität ein unverzichtbares Analyseinstrument darstellt, „weil sich die Änderung der Bedürfnisstruktur [...] auch auf die Werthaltung auswirkt: Der allgemeine Anspruch auf Besitz und Wohlstand gewinnt zumindest *neben* traditionellen Werten an Gewicht.“⁶⁶ Eine fallbezogene Legitimitätsuntersuchung wie die vorliegende Arbeit muss daher eine explizite Berücksichtigung des Performance-Konzepts beinhalten, wenn sie die Legitimität der kommunistischen Herrschaft in China in ihrer Breite erfassen möchte.

2.2.3 Bedinge Legitimität nach Robert D. Lamb

Der Ausgangspunkt für Lambs Konzeptualisierung von Legitimität liegt in eben jenen Staaten begründet, die im weiteren Sinne in die Felder B, C und D von Abbildung 2 fallen. Manche dieser *weak states* können beispielsweise nicht einmal ihr Gebiet effektiv kontrollieren und sind trotzdem legitimiert. Andere wiederum werden teilweise als illegitim betrachtet, können aber dennoch ihre Herrschaft voll ausüben.⁶⁷ Davon ausgehend teilt Lamb, um das Problem ungenauer und ungenügender Messungen zu beheben, neun in der Forschung anerkannte Indikatoren für politische Legitimität in zwei Kategorien, denn „most researchers measuring legitimacy include only some of these criteria in their models; none to my knowledge has explicitly sought to measure all nine.“⁶⁸

Unter den Bereich der Strukturellen Legitimität fallen Zustimmung zur Herrschaft, Legalität, Tradition, Führungsstärke, Effektivität und Übereinstimmung von Herrschaft und Normen. Die Wirkungsweise aller sechs Größen, die erst über eine längere Periode hinweg zu

⁶⁵ Vgl. ebd., S.80ff.

⁶⁶ Achini: Szenarien für die zukünftige Entwicklung, 1999, S.107

⁶⁷ Vgl. Lamb: Measuring Legitimacy in Weak States, 2005, S.2ff., S.12f.

⁶⁸ Ebd., S.22

legitimer Herrschaft beitragen, lehnen sich in Lambs Auffassung eng an die bereits bei Weber, Beetham und Lipset eingeführten Begriffe an, weshalb auf ihre nähere Erläuterung hier verzichtet sei.⁶⁹

Legitimität lässt sich allerdings auch kurzfristig über die sogenannte Bedingte Legitimität erreichen, die gerade immer dann entscheidende Antworten bietet, wenn eine Herrschaft trotz des Fehlens von strukturellen Faktoren augenscheinlich in der Bevölkerung legitimiert ist beziehungsweise überraschend hohe Legitimitätswerte erklärt werden müssen. Über Bedingte Legitimität entsteht also weniger Legitimität an sich; stattdessen wird deutlich, in welchem individuellen Verhältnis sich die Herrschaft zu den Beherrschten befindet und wie zumindest der Glaube an ein legitimiertes Regime auch ohne tatsächliche (strukturelle) Legitimitätsgrundlage hervorgerufen werden kann.⁷⁰

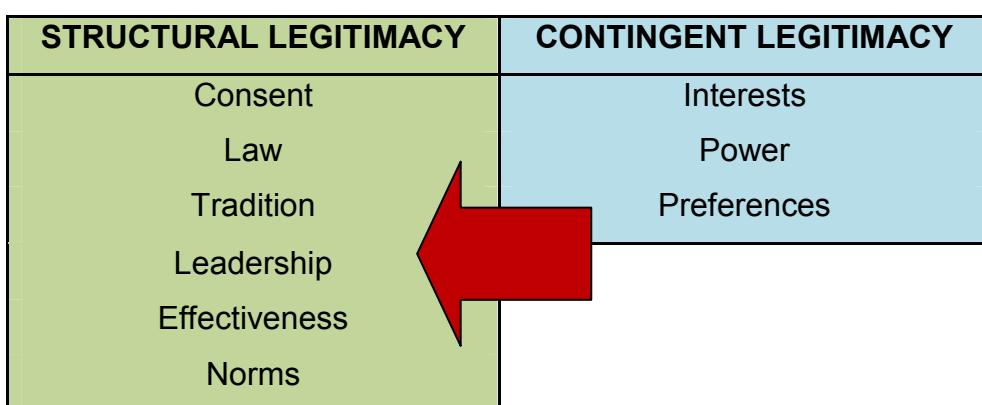


Abbildung 3: Die neun Faktoren Struktureller und Bedingter Legitimität und wie sie sich gegenseitig bedingen können. Grafik aus eigener Erstellung.

Das erste Kriterium der Bedingten Legitimität, die Erfüllung persönlicher Interessen, kann als eine generalisierte Fassung von Beethams Dimension der Zustimmung aufgefasst werden – der entscheidende Unterschied ist jedoch die Abkehr vom zentralen Stellenwert einer maßgeblichen Gruppe und der Fokus auf Individuen. Wenn diese nämlich von einer Herrschaft persönlich profitieren, sind sie bereit, selbige zu unterstützen. Die dadurch entste-

⁶⁹ Vgl. ebd. S.13ff.. *Effektivität kann hier – wie bei Lipset – als Performance aufgefasst werden. Tradition und Führungsstärke im Sinne von Charisma entstammen natürlich Webers Terminologie, während die übrigen drei Indikatoren (Zustimmung zur Herrschaft, Legalität und Übereinstimmung von Herrschaft und Normen) leicht auf Beetham zurückzuführen sind.*

⁷⁰ Vgl. Lamb: Measuring Legitimacy in Weak States, 2007, S.19f.; Gilley: Legitimacy and Institutional Change, 2008, S.259ff.

hende Auffassung einer (bedingt) legitimen Herrschaft gilt auch für das Kriterium der Macht, in welchem sowohl die Anziehungskraft als auch die Autorität der Macht auf einzelne Personen legitimierend wirken kann, und das Kriterium der persönlichen Präferenz, in dem die Menschen nach Gefühl, Bewunderung und Gewohnheit handeln und so einem Regime Bedingte Legitimität verleihen.⁷¹

2.3 Analyserahmen

Die drei vorgestellten Legitimitätskonzepte von Beetham, Lipset und Lamb stellen das theoretische Fundament für mein weiteres Vorgehen dar. Ziel ist, am Beispiel China eine qualitative Einzelfalluntersuchung der Legitimität der kommunistischen Herrschaft durchzuführen. Max Webers Legitimitätsglaube ist hierfür alleine nicht hinreichend, um die Legitimität eines Regimes beurteilen zu können, wenngleich ihm als Wegbereiter der heute geführten Forschungsdebatte sicherlich eine entscheidende Rolle zukommt; nicht umsonst finden sich gerade bei Beetham und Lamb explizite Verweise auf Webers Vorarbeit. Für die praktische Umsetzung sind jedoch moderne Legitimitätskonzepte aus den bereits angeführten Gründen sinnvoller und vielversprechender.

Beetham unterscheidet mit Legalität, Übereinstimmung und Zustimmung drei Dimensionen der Legitimität, die ohne Probleme als Variablen operationalisiert werden können. Die Variable „Legalität“ lässt sich dabei am einfachsten in der Realität ablesen, weil die Verfassung eines Landes vorschreibt, welche Herrschaft nicht nur legal, sondern eben auch (juristisch) legitim ist. Die mögliche „Übereinstimmung“ zwischen den Werten der Herrschaft und denen der Bevölkerung kann daran anknüpfend bestimmt werden, inwiefern sich beide deckungsgleich verhalten. Hierfür ist demnach von besonderem Interesse, ob die Normenvorstellungen der Population von der praktizierten Herrschaftsausübung abweichen. Sollten die Chinesen beispielweise demokratische Prinzipien befürworten, wäre dies eine deutliche Absege an ein autoritäres System und damit auch an die Einparteienherrschaft der KPCh. Die „Zustimmung“ zur Herrschaft soll schlussendlich daran gemessen werden, inwiefern die maßgebliche Gruppe der Bevölkerung etwaige Reformvorhaben unterstützt. Dafür ist hilf-

⁷¹ Vgl. Lamb: Measuring Legitimacy in Weak States, 2005, S.17f.

reich, die Anzahl und Art landesweiter Proteste zu bestimmen, um entscheidende Hinweise auf eine Zu- oder Ablehnung der praktizierten Politik zu erhalten.

Dennoch wäre meine Analyse unvollständig, würde ich die Erfolge der staatlichen Wirtschaftspolitik unberücksichtigt lassen. Denn sie bedarf nicht nur einer Zustimmung, sondern muss vielmehr gelingen, um im Sinne Lipsets als zusätzliche „Performance“-Variable einen positiven Effekt auf die Legitimität einer Herrschaft ausüben zu können. Es wäre demnach zu untersuchen, welche wirtschaftspolitischen Erwartungen die chinesische Bevölkerung gegenüber der KPCh besitzt und ob sie durch die Partei erfüllt werden. Potentielle Einflussgrößen wie etwa Wohlstandsgewinne und die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs können dabei mithilfe des BIP oder über die Veränderung der Löhne beschrieben werden, ein Vorgehen, das in den Wirtschaftswissenschaften etabliert ist und die Abbildung eindeutiger Einkommenszuwächse gestattet.⁷²

Falls die besagten vier Variablen Hinweise auf die Legitimität der Herrschaft geben sollten, kann Lambs Kategorisierung helfen, ihre Stärke genauer zu beurteilen und eine mögliche Erklärung für die in anderen Studien erzielten hohen Legitimitätswerte zu finden. Obwohl Lamb selbst zugegeben darauf abzielt, schwache Staaten zu untersuchen,⁷³ ist sein Entwurf dennoch genauso gut für alle anderen Systemtypen geeignet. Somit wären dann die Indikatoren der Bedingten Legitimität zu betrachten: Können Interesse, Machtverlockung und Präferenz die zuvor untersuchten Faktoren Struktureller Legitimität unterstützen, und wenn ja, wie äußern sie sich?

Die Variable „Interesse“ lässt sich dabei in ähnlicher Weise wie „Zustimmung“ operationalisieren und muss nur aus dem engen Rahmen der maßgeblichen Gruppe gelöst werden. Im Blickpunkt stehen also nicht mehr die Werte einer ganzen Gesellschaftsschicht, sondern die konkreten Absichten einzelner Individuen. Die Variable „Macht“ ist leicht in der Entwicklung der Mitgliedszahlen der KPCh ablesbar – steigen diese, so wäre das ein aussagekräftiges Indiz für die Verlockung der Macht als verstärkenden Legitimitätsfaktor. Schlussendlich können „Persönliche Präferenzen“ an Lamb anknüpfend durch das Wahlverhalten beobachtet werden.

⁷² Die Wirtschaftswissenschaften betrachten das BIP als geeignete Messgröße für Wohlstand, weswegen ich für diese Arbeit ebenso verfahren möchte. Vgl. hierfür Blanchard, Olivier/Illing, Gerhard: Makroökonomie. 5., aktualisierte und erweiterte Auflage. Pearson Studium, München 2009, S.50ff.

⁷³ Vgl. Lamb: Measuring Legitimacy in Weak States, 2005, S.2ff.

3 Herrschaftslegitimität in der Volksrepublik China

Um die angegebenen Variablen mithilfe ihrer dahinterstehenden Konzepte auf den vorliegenden Fall anwenden zu können, werde ich im Folgenden kurz die entscheidenden Charakteristika des chinesischen Systems erläutern. Eine explizite Berücksichtigung finden dabei die ökonomische Entwicklung, das politische System und ausgewählte gesellschaftliche Eckpunkte. Den Zusammenhang mit meiner Forschungsfrage werde ich in einer daran anknüpfenden Synthese von Theorie und Empirie herstellen. Die wirtschaftspolitische Komponente ist dabei besonders für den Output im Sinne der Performance-Legitimität von Bedeutung, während sich die systemischen und sozialen Faktoren eher auf Beethams Dimensionen beziehen. Die Variablen der Bedingten Legitimität berücksichtigen schlussendlich die zuvor gewonnenen Erkenntnisse unter Einschließung der erläuterten Merkmale.

3.1 Charakteristika der Volksrepublik China

3.1.1 Sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Prägung

Das Wirtschaftssystem der Volkswirtschaft China erfährt seit den 1990er Jahren eine tiefgreifende Veränderung. Eine erste Reformwelle wurde zwar bereits 1978, zwei Jahre nach Maos Tod, initiiert, um dringende ökonomische Probleme zu lösen. Trotz der allmählichen Auflockerung einiger Staatsmonopole waren die Reformen jedoch nicht auf einen Systemwandel ausgerichtet, der Sozialismus als Wirtschaftsordnung stand nicht zur Debatte. Die Führung hatte stattdessen die Absicht, endlich Effizienzsteigerungen im Agrar- und Industriesektor zu erzielen, um langfristig qualitativ höherwertig produzieren zu können.⁷⁴

Ab 1992 wurde die alte Wirtschaftsordnung schließlich sukzessive verändert. Die zuvor getroffenen Entscheidungen hatten die soziale Situation der Bevölkerung nicht verbessert; die KPCh stufte die Studentenproteste auf dem Tian'anmen-Platz 1989 in dieser Hinsicht als einen Vorgeschmack auf weitere potentielle Unruhen ein. Daher wurde das Ziel ausgegeben,

⁷⁴ Vgl. Fischer, Doris/Schüller, Margot (2007): Wandel der ordnungspolitischen Konzeptionen seit 1949, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.234ff.

eine „sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Prägung“ zu kreieren und die chinesische Wirtschaft an den Vorteilen des Welthandels teilhaben zu lassen. Besonders immanent musste es deshalb unter diesem Gesichtspunkt scheinen, Mitglied der damals entstehenden Welthandelsorganisation (WTO) zu werden, um besser von der ökonomischen Globalisierung profitieren zu können.⁷⁵

Im Zuge der hierfür zu erfüllenden Bedingungen wurde eine Liberalisierungswelle angestoßen. Am augenscheinlichsten manifestierte er sich in der informellen Abkehr von der sozialistischen Planwirtschaft. Freilich existieren offiziell immer noch Fünf-Jahrespläne und Zehn-Jahresleitlinien, die allerdings nur noch die grobe Richtung vorgeben, in welche sich einzelne Sektoren entwickeln sollen. Seit der Veröffentlichung des elften Fünf-Jahresplan für die Periode von 2006 bis 2010 wird, dies bekräftigend, statt dem bisherigen „Detailplan“ explizit der Ausdruck „Leitplan“ verwendet.⁷⁶

Die zwölfte und aktuelle Vorgabe für die Periode von 2011 bis 2015 wartet mit ein paar Veränderungen in der Wirtschaftspolitik auf, die Chinas Hinwendung zu einem nachhaltigen Wachstum unterstreichen. Die Regierung möchte erneuerbare Energien fördern und verschreibt sich einem verbesserten Naturschutz, während ein ebenso besonderer Wert auf die Tatsache gelegt wird, dass das bisherige, hauptsächlich vom Export getragene Wachstum nicht nachhaltig sei. Eine ebenso wichtige Rolle spielen der Ausbau des Dienstleistungssektors und die Sicherstellung eines jährlichen Wachstums von mindestens 7% des BIPs.⁷⁷

Bislang hat China von seinen Liberalisierungsmaßnahmen und seiner neuen, zum Teil bereits mit dem 11. Fünf-Jahresplan initiierten Vorgaben wirtschaftlich enorm profitiert. Geraade in den ersten Jahren nach dem WTO-Beitritt 2001 kam es zu einem sprunghaften Anstieg des BIP. Beispieldhaft ist in dieser Hinsicht, dass sich für den Zeitraum von 1979 bis 2004

⁷⁵ Vgl. ebd., S.236ff.; WTO.org: Understanding the WTO. What We Do, unter: Website der World Trade Organization, http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/what_we_do_e.htm (letzter Zugriff am 02.07.2012). Vereinfacht lässt sich sagen, dass die WTO den Welthandel koordiniert, bei internationalen Handelsstreitfällen vermittelt und gegebenenfalls Handelssanktionen ausspricht. Generell ermuntert sie ihre Mitgliedsstaaten darüber hinaus zur Implementierung freihandelsförderlicher Gesetze (vgl. ebd.).

⁷⁶ Vgl. Fischer/Schüller: Wandel der ordnungspolitischen Konzeptionen, 2007, S.237; Casey, Joseph/Koleski, Katherine (2011): Backgrounder: China's 12th Five-Year Plan. Online-Publikation für die U.S.-China Economic & Security Review Commission, 2011, unter: Website der U.S.-China Economic & Security Review Commission, http://www.uscc.gov/researchpapers/2011/12th-FiveYearPlan_062811.pdf (letzter Zugriff am 02.07.2012), S.1ff.

⁷⁷ Vgl. Casey/Koleski: Backgrounder, 2011, S.4f.

trotz zum Teil massiver innenpolitischer Probleme und der Asienkrise ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 9,6% verzeichnen ließ.⁷⁸

Ebenso hat die internationale Gemeinschaft die zunehmende Liberalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft gewürdigt und China als festen Handelspartner in ihre Kooperationen eingebunden. Zugegeben hat die Volksrepublik verstärkt Eigentumsrechte implementiert sowie die Privatisierung von Kapital und Rohstoffen vorangetrieben;⁷⁹ dennoch behält es sich die KPCh weiterhin vor, auf Bedarf mit protektionistischen Maßnahmen zu reagieren, wenn sie den sozialen Frieden gefährdet sieht.⁸⁰ Daher verbietet es sich, nur allein aus der Tatsache eines generellen Wandlungsprozesses und seiner „automatischen Wechselwirkung von außenwirtschaftlicher und politischer Liberalisierung (bzw. Destabilisierung des bestehenden politischen Systems)“⁸¹ zu folgern, „dass die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft [...] dazu führen muss, dass eine Marktwirtschaft wie in westlichen Industrieländern entsteht.“⁸²

3.1.2 Fragmentierter Autoritarismus

Die Markoliberalisierung wäre ohne eine ideologische Auflockerung der KPCh nicht durchsetzbar gewesen. Das sozialistische Gedankengut in sowohl marxistisch-leninistischer als auch marxistisch-maoistischer Tradition spielt zwar nach wie vor einen großen Einfluss in der Politik Chinas, was gerade dann immer auffällig wird, wenn es um die Deutung aktueller Politik und Ereignisse in den Staatsmedien geht. Spätestens aber mit dem 16. Parteitag im Jahr 2002 hat sich die KPCh von vielen sozialistischen Ideen gelöst und den Gedanken eines Klassenkampfes aufgegeben. Die vormals rein kommunistisch orientierte Partei stilisiert sich in diesem Sinne nicht mehr nur als Interessenvertretung des Proletariats, sondern vielmehr als Volkspartei für alle, die nach eigener Auffassung am besten weiß, was zum Wohle des Volkes

⁷⁸ Vgl. Taube: Wirtschaftliche Entwicklung und struktureller Wandel, 2007, S.255ff.

⁷⁹ Vgl. ebd., S.261f.; Fischer/Schüller: Wandel der ordnungspolitischen Konzeptionen, 2007, S.236ff.

⁸⁰ Vgl. Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.191

⁸¹ Ebd., S.190

⁸² Fischer/Schüller: Wandel der ordnungspolitischen Konzeptionen, 2007, S.227

getan werden muss. Vollkommen logisch ergibt sich daraus mehr denn je das ideologische Verdict nach Alleinherrschaft durch die KPCh.⁸³

Dieser Anspruch spiegelt sich auch in der gerne verwendeten Bezeichnung der KPCh als die „tragenden Pfeiler des Herrschaftssystems in China“⁸⁴ wider, was insofern richtig ist, als dass ihre Parteimitglieder alle entscheidenden Staatsämter innehaben und die Sicherheitskräfte kontrollieren. Offiziell existieren zwar noch einige andere Parteien, welche unter anderem ethnische Minderheiten repräsentieren sollen,⁸⁵ denen aber letztendlich auf den jährlich abgehaltenen Nationalen Volkskongressen keine Rolle zukommt. Das Scheinparlament ist ohnehin mit seiner Größe von ungefähr 3.000 Delegierten handlungsunfähig zu eigener Politikgestaltung und verpasst lediglich Entscheidungen einen demokratischen Anstrich. Die wahre Macht bündelt sich sowohl in der Parteispitze als auch im sogenannten „Inneren Kabinett“, welches von der Führungsriege der KPCh bestimmt wird; diese eigentlich als „Ständige Konferenz des Staatsrats“ titulierte Institution besteht aus dem Ministerpräsidenten und weiteren neun, mit Ministern vergleichbaren Sitzungsteilnehmern.⁸⁶

Wenngleich also die Sicht auf die KPCh als tragende institutionelle Systemstütze gerechtfertigt ist, greift sie doch ein wenig zu kurz: Die Partei ist in ihrer Alleinherrschaft nämlich der eigentliche Souverän des chinesischen Staates, indem sie sich über Volk und Verfassung stellt. Der Führungsanspruch der Partei ist sogar explizit in der Präambel der chinesischen Verfassung festgehalten.⁸⁷ Auch die durch Führungskader seit den 1990er Jahren initiierten Verfassungsreformen führten zu keiner Abkehr von diesem Prinzip.⁸⁸

Trotzdem wird die Volksrepublik in der heutigen Forschung nicht mehr als rein autoritäres oder gar totalitäres System, sondern zurückgehend auf Lieberthal und Lampton für gewöhnlich als Fragmentierter Autoritarismus bezeichnet.⁸⁹ Damit wird dem Umstand Rech-

⁸³ Vgl. Heilmann, Sebastian: Das politische System der VR China: Modernisierung ohne Demokratie?, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, 184f.

⁸⁴ Ebd., S.184

⁸⁵ Vgl. China.org.: Das System der Volkskongresse, unter: deutsche Website des Volkskongresses, <http://german.china.org.cn/de-zhengzhi/3.htm> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

⁸⁶ Vgl. Heilmann : Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.76f., S.95ff

⁸⁷ Vgl. ebd., S.80

⁸⁸ Vgl. Heuser, Robert: Das Rechtssystem in der Entwicklung, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.427f.; Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.79ff.

⁸⁹ Vgl. Lieberthal, Kenneth G.: Introduction: The „Fragmented Authoritarianism“ Model and Its Limitations, in: Lieberthal, Kenneth G./Lampton, David M. (Hrsg.): Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China. University of California Press, Berkley, Los Angeles 1992, S.1ff.

nung getragen, dass China durchaus Elemente eines autoritären Regimes trägt, sich aber eben in wichtigen Punkten davon unterscheidet. In dieser Hinsicht muss vor allem vermieden werden,

„[den] Parteistaat [...] als in sich geschlossene monolithische Einheit zu begreifen. Vielmehr handelt es sich um ein Konglomerat von Organisationen, die jeweils spezifische Traditionen, Interessen, interne Regeln sowie vielfältige Verbindungen zu Wirtschaft und Gesellschaft aufweisen.“⁹⁰

Da es keine Wahlen für die Interessensfindung gibt, ist die KPCh auf langwierige Konsultationen zwischen ihren Kadern und den verschiedenen Interessengruppen angewiesen, um selbige in das System integrieren zu können. Dies wird dadurch verkompliziert, dass statt charismatischer und einender Führungsfiguren zunehmend Technokraten die Führung von Partei und Staat übernehmen.⁹¹ Da der Trend hin zu einer stärkeren Absprache zwischen Partei und Gesellschaft schon seit einer geraumen Zeit anhält, ist wohl davon auszugehen, „dass es die chinesische Führung in Zukunft noch schwerer haben wird, schmerzhafte Reformentscheidungen gegen Widerstände etablierter Interessengruppen durchzusetzen.“⁹²

3.1.3 Chinas Gesellschaftsschichten

Die verschiedenen und zum Teil rivalisierenden Interessengruppen stehen sinnbildlich für den großen Widerspruch, den die chinesische Gesellschaft bietet. Die *cleavage* manifestiert sich vor allem in der Tatsache, „dass China auf der einen Seite eine uralte Kultur mit hohem Urbanisierungsgrad beherbergt, auf der anderen Seite aber ein grosser Teil seiner Bevölkerung aus jeder Zivilisation herausfällt.“⁹³ Das ungleiche Verhältnis von Stadt zu Land lässt sich sehr gut an der Entwicklung des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens im Zuge der Liberalisierung ablesen: Verdiente ein Städter 1990 mit 1510 Yuan noch 824 Yuan mehr als ein Landbewohner mit 686 Yuan, vergrößerte sich 2004 der Unterschied mit einem Lohn von

⁹⁰ Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.64

⁹¹ Vgl. ebd., S.46ff.; Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.183

⁹² Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.64; vgl. Klaschka: Die politische Geschichte im 20. Jahrhundert, 2007, S.153f.

⁹³ Schoettli, Urs: China – die neue Weltmacht. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2007, S.88

9422 Yuan beziehungsweise 2936 Yuan auf bereits 6486 Yuan. Zugegeben sind die offiziellen Statistiken immer mit einer gewissen Vorsicht zu genießen, in Wahrheit dürfte die Einkommensdifferenz sogar erheblich höher ausfallen.⁹⁴

Das Problem konnte auch durch Reformen und eine verstärkte Entwicklungspolitik für bestimmte Regionen bislang nicht behoben werden.⁹⁵ Die KPCh steuert daher auf ein Dilemma zu: Zwar ist der gesellschaftliche Wandel als Folgeerscheinung von Politik- und Marktentwicklung durchaus gewünscht, kann sich aber gleichzeitig auch destabilisierend auf das Herrschaftssystem auswirken.⁹⁶

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor innerhalb der chinesischen Gesellschaft ist die grassierende Korruption. Die Antikorruptionsorganisation Transparency International listet in ihrem Corruption Perceptions Index 2011 mit 183 Staaten die Volksrepublik auf Platz 75. China erreicht einen Index von gerade einmal 3,6, wobei 10 für „absolut korruptionsfrei“ und 0 für „absolut korrupt“ steht,⁹⁷ und verbessert sich nur marginal im Vergleich zu den Vorjahren.⁹⁸

In der westlichen Forschung wird das Problem der Bestechung, Vetternwirtschaft und Parteinahme allgemein der Kombination aus ökonomischem Erfolg durch Liberalisierung „bei gleichzeitiger Beibehaltung des politischen Monopols der KPCh“⁹⁹ zugeschrieben. In China selbst ist Korruption dagegen zumindest inoffiziell und in manchen Kreisen salonzfähig geworden, da es sozialen und wirtschaftlichen Erfolg garantiert.¹⁰⁰ Von dieser Sicht ausgenommen sind jedoch die ärmeren Gesellschaftsschichten, welche deshalb nicht nur niederrangige Partefunktionäre mit Misstrauen betrachten, sondern vielmehr noch doppelt gestraft sind: Zum einen können sie sich eine Bestechung ihrer lokalen Beamten finanziell nicht er-

⁹⁴ Vgl. Heberer: Soziale Herausforderungen, 2007, S.465f.. *Das Disparitätsverhältnis weicht höchstwahrscheinlich aufgrund unrepräsentativer Stichprobenziehung oder falscher Werte, manipuliert durch örtliche Kader, vom wahren Wert ab, was der oben geführten Aussage jedoch keinen Abbruch tut, sondern sie im Gegenteil noch verstärkt (vgl. ebd.).*

⁹⁵ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.186f.

⁹⁶ Vgl. Heberer: Soziale Herausforderungen, 2007, S.463.

⁹⁷ Vgl. Transparency.de: Corruption Perceptions Index 2011. Tabellarisches Ranking, unter: deutsche Website von Transparency International, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2011.0.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

⁹⁸ Auch 2004 erreichte China mit einem Index von 3,4 lediglich Platz 71. Vgl. hierfür Transparency.de: *Corruption Perceptions Index 2004. Tabellarisches Ranking, unter: deutsche Website von Transparency International, http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.542.0.html* (letzter Zugriff am 02.07.2012)

⁹⁹ Heberer: Soziale Herausforderungen, 2007, S.467

¹⁰⁰ Vgl. He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.206ff.. *Als ein Beispiel unter vielen seien Stellenanzeigen aufgeführt, die sogar explizit darauf verweisen, dass „Bewerber mit guten Beziehungen zu Regierungsbeamten [...] bevorzugt eingestellt werden.“ (ebd., S.158)*

lauben, zum anderen bleibt ihnen damit aber auch der berufliche und soziale Aufstieg verwehrt.¹⁰¹

Obwohl Korruption so gesehen als ein potentieller Faktor für politische Instabilität eingestuft werden müsste, gilt dies für die Volksrepublik nur eingeschränkt. Denn schließlich profitiert von der bezahlten Parteinaufnahme neben Parteifunktionären in erster Linie die erstarkende Mittelschicht, welche die einflussreichste soziale Gruppe in China darstellt. Sie wird für gewöhnlich in drei Gruppierungen unterteilt: Die Obere Mittelschicht umfasst in erster Linie Führungskader der KPCh und Manager größerer Unternehmen, während der Mittleren Mittelschicht Fachkräfte und die Leiter kleinerer Betriebe zugerechnet werden. Eine politisch eher geringe Bedeutung kommt der Unteren Mittelschicht zu, welche sich zumeist aus Kleinbetreibenden und Durchschnittsverdienern zusammensetzt.¹⁰²

Ebenfalls in ihrem soziokulturellen Einfluss vernachlässigbar ist die Oberschicht, die zwar zugegeben aus den höchsten Führungskadern und den Eigentümern der größten Privatunternehmen besteht, jedoch selten mehr als 1% der Stadtbevölkerung ausmacht und gesellschaftlich kaum offen in Erscheinung tritt.¹⁰³ Gleches gilt für die arme Unterschicht aus Bauern, einfachen Arbeitern und Tagelöhnnern, die trotz ihrer Masse als populationsstärkste Gruppierung keine nennenswerte Lobby besitzt.¹⁰⁴ Die Herkunftsunterschiede zwischen den Arbeitern sorgen zudem dafür, dass aufgrund kultureller und sprachlicher Koordinationsschwierigkeiten ein organisierter Gewerkschaftsbund erst gar nicht entstehen kann; noch dazu sind besonders die vom Land zugezogenen Wanderarbeiter besorgt, bei Kritik gegen die Politik ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und damit ihr ohnehin niedriges Einkommen zu verlieren.¹⁰⁵

Nennenswerte Hilfe haben die Armen von den Besserverdienden indes nicht zu erwarten, die im Gegenteil meist nichts unversucht lassen, um sich von den weniger gut gestellten Teilen der Bevölkerung zu distanzieren und sich dabei reinen Gewissens auf Konfuzius berufen, der geistige Mühen als wichtiger denn physische titulierte. Daran ändert auch die steigende Zahl der akademischen Abschlüsse unter den Angehörigen der beiden oberen Mit-

¹⁰¹ Vgl. Heberer: Soziale Herausforderungen, 2007, S.467f.

¹⁰² Vgl. Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.205ff.

¹⁰³ Vgl. ebd., S.208

¹⁰⁴ Vgl. He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.472f.

¹⁰⁵ Vgl. Hartmann: Politik in China. 2006, S.185f.

telschichten nichts.¹⁰⁶ Diese finden sich vor allem in den städtischen Ballungszentren wieder und schöpfen ihre hervorgehobene soziale Stellung aus der Kaufkraft, den durch Bildung erworbenen intellektuellen Fähigkeiten sowie den entsprechenden Beziehungen zur Politik.¹⁰⁷ Ihre Anzahl umfasst inzwischen mehrere 100 Millionen Menschen, die vorwiegend in staatlichen oder staatsnahen Unternehmen angestellt sind oder inzwischen sogar über eigene Betriebe verfügen. Ihr rapides soziales Wachstum verdanken sie in herausragendem Maße den Liberalisierungsreformen der 1990er und dem daraus resultierenden Einkommensschub.¹⁰⁸

3.2 Anwendung der Legitimitätskonzepte

3.2.1 Legitimität über Legalität und Übereinstimmung

Die Variable „Legalität“ lässt im Fall China einen eindeutigen Schluss zu: Der Blick in die Verfassung zeigt den fest verankerten Führungsanspruch der KPCh, der schon in den ersten Zeilen der Präambel mit der Formulierung „the Chinese people of all nationalities led by the Communist Party of China“¹⁰⁹ Ausdruck verliehen wird. Aus diesem Grund wird die KPCh in der internationalen China-Forschung des Öfteren als der eigentliche Souverän der Volksrepublik bezeichnet, woran auch die bisherigen Verfassungsreformen nichts geändert haben, da ein bedeutender Teil der Partei auf ihre hervorgehobene institutionelle Stellung pocht.¹¹⁰

In der Dimension der Legalität ist demnach die Herrschaft der KPCh legitim, da ihr Herrschaftsanspruch durch die Verfassung der Volksrepublik vollkommen abgedeckt wird.

Etwas überraschend kann die Variable „Übereinstimmung“ ebenso klar erfasst werden. Eine Herrschaft ist legitim, wenn die Werte der KPCh mit den Normen der chinesischen Be-

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S.186ff.

¹⁰⁷ Vgl. He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.472; Schoettli: China, 2007, S.87ff.. *In diesem Zusammenhang macht manchmal die abschätzige Bezeichnung „Chuppies“ die Runde. Der in erster Linie auf junge und neureiche Chinesen gemünzte Begriff geht natürlich auf die Abkürzung Yuppy für den Young Urban Professional zurück (vgl. ebd.).*

¹⁰⁸ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.192

¹⁰⁹ PeopleDaily.com: Constitution of the People’s Republic of China, unter: englischsprachige Website des People’s Daily, <http://english.peopledaily.com.cn/constitution/constitution.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

¹¹⁰ Vgl. Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.80

völkerung in Einklang stehen – aus unserer westeuropäischen Sicht stellt das zunächst einen vollkommenen Widerspruch dar, weil wir unseren demokratischen Anspruch nicht mit denen eines autoritären Systems vereinbaren können. So gesehen scheint es auch fragwürdig, ob ein autoritäres System überhaupt objektiv verwertbare Umfragen zulässt, aus denen man eine Übereinstimmung zwischen den Werten der Herrschaft und denen ihrer Population ableiten könnte.¹¹¹

Tendenziell mag es daher mühselig erscheinen, in einem autoritären Regime Umfrageergebnisse zu den Einstellungen der Bevölkerung zu erhalten. Im Fall der Volksrepublik er schwert schon allein die Geografie landesweite Studien durch logistische und methodische Probleme.¹¹² Zusätzlich bestehen inzwischen in der chinesischen Gesellschaft teilweise enorme Differenzen in Lebensart und Wertauffassung, je nachdem, ob man eben einen politischen Führungskader, einen mittelständischen Privateigentümer oder einen verarmten Bauern nach seinen Einstellungen befragt – eklatante Unterschiede, die sich gerade innerhalb der Mittelschichten durch eine zunehmende Pluralisierung der Lebensstile offenbaren.¹¹³ Trotzdem gibt es nach Beetham einige zentrale Vorstellungen, die allen sozialen Gruppen gemeinsam sind und die für die vorliegende Untersuchung verwendet werden können:

„No society is characterised by a complete uniformity of beliefs. [...] Yet without a minimum of the appropriate beliefs [...] shared between the dominant and subordinate, and indeed among the subordinate themselves, there can be no basis on which justification for the rules of power can find a purchase.“¹¹⁴

Die Existenz solcher schichtübergreifender Vorstellungen kann bei Übereinstimmung zu den Werten der Herrschaft selbige legitimieren – und tatsächlich weisen mehrere Studien für China eine zentrale Übereinstimmung zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen

¹¹¹ Ein sehr ähnliches Problem wurde bereits in Kapitel 3.1.3 angesprochen. Die Fälschung von Datensätzen kann dabei sowohl von der Parteispitze, die um eine möglichst gute Wirkung nach außen und innen bemüht ist, als auch von unteren Funktionären ausgehen, welche aufgrund „schlechter“ Ergebnisse persönliche Konsequenzen fürchten. Vgl. hierfür Heberer: Soziale Herausforderungen, 2007, S.465

¹¹² China ist von der Fläche her der drittgrößte und von der Bevölkerung her der größte Staat der Erde. Hinzu kommen noch ethnische Minderheiten wie die Uiguren, die über eine andere Kultur verfügen, was Ergebnisse wohl unfreiwillig verschärfen würde. Vgl. hierfür Taubmann, Wolfgang: Naturräumliche Gliederung und wirtschaftsgeographische Grundlagen, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.15ff.; Hartmann: Politik in China, 2006, S.130ff.

¹¹³ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.192

¹¹⁴ Beetham: The Legitimation of Power, 1991, S.17

nach, die mit dem Herrschaftsanspruch der KPCh kongruent ist.¹¹⁵ Demokratie wird nämlich quer durch die Bevölkerung als etwas äußerst negatives wahrgenommen und sowohl mit einer möglichen Unabhängigkeit Taiwans, das offiziell immer noch der Volksrepublik zugerechnet wird und dessen Loslösung als Verrat empfunden würde, als auch mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verknüpft. Am schwerwiegendsten ist jedoch die Erinnerung an die von Mao 1966 durchgeführte Kulturrevolution, die ungefähr 500.000 Chinesen das Leben kostete und Wirtschaft und Gesellschaft enorm schädigte.¹¹⁶ Die gleiche Auffassung findet sich ebenso in den Daten des World Values Survey für die Periode von 2005 bis 2008 wieder. Demgemäß nehmen Werte wie die Möglichkeit zur Partizipation mit weniger als 10% für die Chinesen einen sehr geringen Stellenwert ein und werden als politische Ziele der ökonomischen Entwicklung sowie Sicherheit und Stabilität gerne untergeordnet.¹¹⁷

Diese Tendenz bestätigt sich ebenfalls bei der Auswertung von stärker in der Mikroebene angesiedelten Studien. In einer aktuellen Untersuchung von 2008 analysierten Heberer und Schubert die Bereitschaft zu aktiver politischer Teilnahme anhand sogenannter Nachbarschaftskomitees, in welchen sich Stadtbewohner und Kader treffen und für gemeinsame Projekte auf lokaler Ebene zusammenarbeiten. Dafür befragten sie beide Gruppen nach ihren Vorstellungen und Präferenzen und erzielten ein interessantes Ergebnis: Obwohl eine derartige Institution eigentlich den Wunsch der Bewohner nach Demokratisierung vorantreiben müsste, stellte sich heraus, dass ihre überwiegende Mehrheit – darunter vor allem die Besser-verdienenden – weder den Willen zu einer Partizipation an den Komitees zeigte noch überhaupt ein ausgeprägtes politisches Wissen und Interesse besaß.¹¹⁸

Demokratie besitzt *summa summarum* für die breite chinesische Masse eine negative, mehr an Anarchie erinnernde Konnotation und ist alles andere als erstrebenswert. Hinzu kommt, dass die Chinesen schon aus ihrer Kultur und Geschichte heraus an die Figur einer einenden Autoritätsperson – ob nun Kaiser oder Partei – gewohnt sind, sodass ihnen demokra-

¹¹⁵ Vgl. Heberer, Thomas/Senz, Anja D.: Reform, Demokratisierung, Stabilität oder Kollaps? Literaturbericht zur Entwicklung des chinesischen Herrschaftssystems, in: Politische Vierteljahrsschrift, Vol. 50/Nr. 2, 2009, S.313ff.

¹¹⁶ Vgl. Leonard, Mark: Was denkt China? Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2010, 2. Auflage, S.89ff.

¹¹⁷ Vgl. WorldValuesSurvey.org: Online Data Analysis. Aims of Country: First Choice, unter: Website des World Values Survey für 2005-2008, <http://www.wvsevsdb.com/wvs/WVSAalyzeQuestion.jsp> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

¹¹⁸ Vgl. Heberer, Thomas/Schubert, Gunter: Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China. Band I: Der urbane Raum. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S.193ff.

tische Rechte zwangsläufig als fremd, nämlich „westlich“, erscheinen.¹¹⁹ Daher ist die grundlegende Einstellung der Bevölkerung, lieber beherrscht zu werden als das Chaos der Demokratie auf sich zu nehmen, durchaus kongruent mit dem Alleinherrschaftsanspruch der Partei. Es ist daher anzunehmen, dass im Fall China die normative Übereinstimmung zwischen Population und Kader hinreichend erfüllt ist und die Herrschaft in dieser Dimension als legitim betrachten werden kann.

3.2.2 Legitimität über Zustimmung und Performance

Die Variablen „Zustimmung“ und „Performance“ sind eng miteinander verknüpft: Die Volksrepublik als Fragmentierter Autoritarismus ist in ihrer Politik explizit auf die Berücksichtigung der Wünsche der einflussreichsten Interessensgruppen und den erwirtschafteten Output angewiesen, um die Herrschaft der KPCh stabilisieren zu können. Die Variable „Zustimmung“ zur Herrschaft lässt sich daher gut über die Häufigkeit und Art von Protesten operationalisieren; zahlreiche, unter Umständen auch blutig verlaufende Ausschreitungen durch die einflussreichste Gesellschaftsschicht wären ein eindeutiger Indikator für eine mangelnde Zustimmung.

So gesehen ergibt sich für den Fall China zunächst einmal ein negativer Zusammenhang zur Herrschaftslegitimität, da die Anzahl der *mass incidents* schon seit zwei Jahrzehnten ansteigt. 1993 wurden durch das chinesische Ministry of Public Security etwa 8.700 Proteste in der ganzen Volksrepublik gezählt, 1999 waren es bereits 32.000, 2004 schließlich 74.000.¹²⁰ Seit 2005 sind keine offiziellen Zahlen mehr erhältlich, zuletzt verkündete 2007 der damalige Vize des Ministeriums im Rahmen einer Pressekonferenz einen Protestrückgang. Als seriös

¹¹⁹ Vgl. ebd., S.93ff.; Schmidt-Glintzer, Helwig: Wachstum und Zerfall des kaiserlichen China, in: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.126f.

¹²⁰ Vgl. Sun, Ivan/Hu, Rong/Wu, Yuning: Social Capital, Political Participation, and Trust in the Police in Urban China, in: Australian & New Zealand Journal of Criminology, Vol. 45/Nr. 2, 2012, S.89. *Die offiziellen Zahlen waren leider auf der Website des Polizeiministeriums zum Zeitpunkt dieser Arbeit nicht mehr verfügbar, weswegen ich mich hier auf Zweitquellen stützen muss.*

gilt die in den westlichen Medien aufgestellte Schätzung von 80.000 bis 100.000 kleineren und größeren Aufständen für das Jahr 2010.¹²¹

Die Aussagekraft der gezählten *mass incidents* wird jedoch – sofern die verfügbaren Daten und Schätzungen mit der Realität übereinstimmen – durch zwei Bedingungen maßgeblich eingeschränkt. Erstens erreichen die Proteste neue absolute Größen, ihr Zuwachs nimmt dabei aber relativ über die Jahre hin gesehen ab. Zweitens geht ihre überwiegende Anzahl lediglich auf verarmte Bauern und Arbeiter in den Provinzen zurück, denen es an politischer und sozialer Munition fehlt; die Mittelschichten als die maßgeblichen Gruppen bleiben in der Regel solchen Veranstaltungen fern.¹²² Da vor allem ihre jüngere Generation „bisher ohne schärfere politische Konturen geblieben [ist]“¹²³, lässt die allgemeine Häufung gesellschaftlichen Widerstands keinen Rückschluss auf die Legitimität von Herrschaft über Zustimmung zu, da aus der Nicht-Teilnahme an Protesten nicht automatisch eine Zustimmung zur Herrschaftsordnung gefolgert werden darf.¹²⁴

Als hilfreich erweist es sich in diesem Zusammenhang, dass die Variablen „Zustimmung“ und „Performance“ eng miteinander verbunden sind. Denn Zustimmung zu einer Herrschaft und damit Legitimität kann sich eben auch ganz konkret über die Erfüllung von Erwartungen ergeben.¹²⁵ Entscheidend sind dabei die Forderungen der maßgeblichen sozialen Gruppe des Systems. Erfüllt die KPCh deren Anliegen, kann sie sich sowohl über Performance eine neue Legitimitätsquelle erschließen als auch Zustimmung generieren. Entscheidend ist damit, inwiefern der von der Politik erwirtschaftete Output mit der Erwartungshaltung der Mittelschichten übereinstimmt.

Diese sind „vornehmlich an sozialem Statusgewinn durch Einkommens- und Vermögenszuwachs sowie an politischer Sicherheit interessiert“¹²⁶, umso mehr, da ein Großteil dieser sozialen Gruppen in staatlichen oder staatsnahen Betrieben einer Beschäftigung nachgeht

¹²¹ Vgl. Freeman, Will: The Accuracy of China's 'mass incidents', unter: Financial Times Online, 02.05.2010, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/9ee6fa64-25b5-11df-9bd3-00144feab49a.html#axzz1x1L3LLaN>, (letzter Zugriff am 02.07.2012)

¹²² Vgl. Hartmann: Politik in China, 2006, S.188; Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.210f.; Heberer/Senz: Reform, Demokratisierung, Stabilität oder Kollaps, 2009, S.316

¹²³ Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.210

¹²⁴ Die Gründe für einen ausbleibenden Protest durch manche Gesellschaftsgruppen können – zumindest theoretisch – ganz anderer Natur sein. Zum Beispiel darf nicht vernachlässigt werden, dass sich die Demonstrationen vorwiegend in ländlich geprägten Provinzen ereignen, die kaum Angehörige mittlerer und oberer Schichten beherbergen. Das Fernbleiben wäre damit auch durch geografische Faktoren erklärbar.

¹²⁵ Vgl. Achini: Szenarien für die zukünftige Entwicklung, 1999, S.111

¹²⁶ Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.211

und sich damit in einem materiellen Abhängigkeitsverhältnis zum Regime befindet. Gleiches gilt für Privatunternehmer aus der Mittelschicht, die zwar in Konkurrenz zu den Staatsbetrieben stehen, jedoch bislang keine Gruppenidentität finden konnten und sich selbst einer gemeinsamen Interessensartikulation im Weg stehen. Da sie nun als Selbstständige die aus ihrer Arbeit erzielten Gewinne für sich behalten dürfen, haben sie aber auf der anderen Seite auch konkrete Anreize erhalten, im Rahmen des Systems ihren Wohlstand zu erarbeiten und zu mehren.¹²⁷

Tatsächlich zeigen die für China verfügbaren Wirtschaftsdaten eine deutliche Einkommens- und Vermögenssteigerung der Mittelschichten an;¹²⁸ die Löhne steigen für diese Gruppen bereits seit der ersten Reformwelle der 1970er Jahre kontinuierlich an. Gerade qualifizierte Angehörige, die in der IT- oder Finanzbranche beschäftigt sind, konnten ihre Einkünfte allein zwischen 2006 und 2007 innerhalb eines einzigen Jahres um mehrere hundert Yuan erhöhen.¹²⁹ Ermöglicht wurde dies durch die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem daraus resultierenden Boom, welcher nach wie vor anhält. Von 1992 bis 2010 verzeichnete die Volksrepublik – Asienkrise und weltweiter Finanzmarktkrise zum Trotz – ein Wachstum von jährlichen BIP-Raten zwischen jeweils 8 und 14%, was weit über dem internationalen Durchschnitt liegt.¹³⁰ Der immense Anstieg des BIPs entstand vor allem durch eine konzentrierte Steigerung der ins Ausland ausgeführten Waren. China ist dementsprechend die inzwischen größte Exportnation der Welt, noch vor Deutschland, den USA oder Japan.¹³¹

Es lässt sich festhalten, dass die KPCh die Erwartungen der maßgeblichen sozialen Gruppe erfüllen konnte: Die Mittelschichten profitierten von den seit 1992 durchgeführten wirtschaftspolitischen Versprechungen und ihre erfolgreichen Maßnahmen und dürfen mit regelmäßigen Wohlstandsgewinnen rechnen, die ihnen die Partei mit ihrer Politik nicht zuletzt dadurch garantiert, indem sie das Wirtschaftswachstum zu einem Kernziel in ihren Fünf-

¹²⁷ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.192

¹²⁸ Vgl. Kapitel 3.1.3

¹²⁹ Vgl. ChinaLabourBulletin.org: Wages in China, unter: englischsprachige Website der NGO China Labour Bulletin, <http://www.clb.org.hk/en/node/100206> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

¹³⁰ Vgl. WorldBank.org: China. World Development Indicators, unter: Website der World Bank, Data, <http://data.worldbank.org/country/china> (letzter Zugriff am 02.07.2012); Krugman/Obstfeld/Melitz: Internationale Wirtschaft, 2012, S.720ff.. *Die oben aufgeführten Zahlen stützen sich auf die abrufbaren Datensätze der World Bank für GDP per capita growth (annual %), bezogen auf die Volksrepublik China und den Welt-durchschnitt.*

¹³¹ Vgl. Taube: Wirtschaftliche Entwicklung und struktureller Wandel, 2007, S.248ff.; Krugman/Obstfeld/Melitz: Internationale Wirtschaft, 2012, S.851ff., S.868ff.

Jahresplänen erhebt.¹³² Damit legitimiert sich die Herrschaft der KPCh in ganz entscheidender Weise über eine gelungene Performance.¹³³

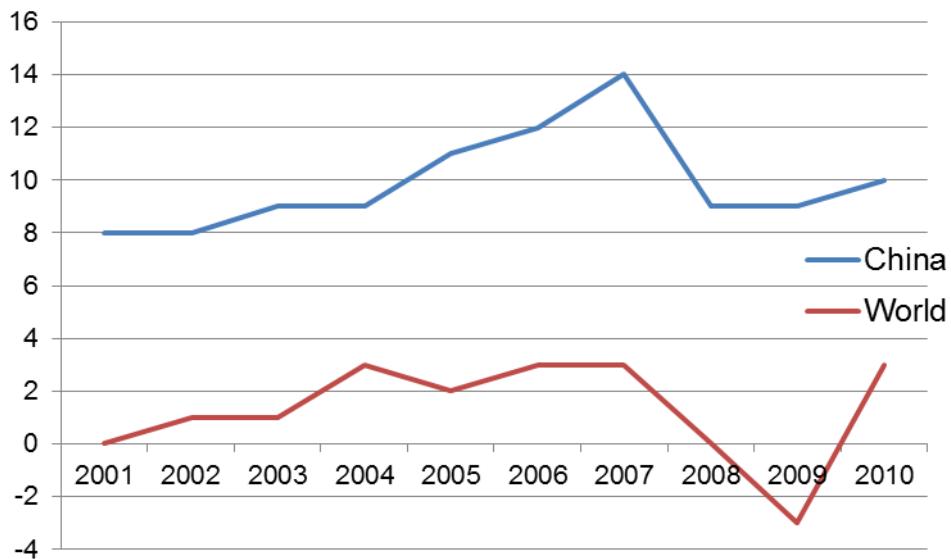


Abbildung 4: *GDP per capita* in prozentualer Veränderung pro Jahr für China und die Welt.
Nach WorldBank.org: China World Development Indicators, Grafik aus eigener Erstellung.

Davon ausgehend ist nun eine neue Bewertung der *mass incidents* möglich: Die Mittelschichten bleiben ihnen nicht aufgrund geografischer Faktoren oder Repression fern, sondern weil für sie kein konkreter Anlass zum Protest besteht. Schließlich erfüllt die Politik ihre Forderungen, garantiert ihnen eine gesicherte Zukunft und genügt darüber hinaus ihren politischen Ansprüchen. Wenn aber die Mittelschichten als einflussreichste Gruppierung ganz bewusst Demonstrationen gegen die KPCh meiden, so ist dies logischerweise als ihre explizite Zustimmung zur Herrschaft zu werten.

Als unterstützend für diesen Schluss gilt, dass die Liberalisierung eben gerade nicht Mittel zum Zweck war, sondern vielmehr ausdrücklich von der Bevölkerung gewünscht wurde. Ihre Umsetzung fand daher trotz einhergehender Pluralisierung der Lebensstile auch ohne bedeutender Zunahme sozialer Widerstände gegen das etablierte Herrschaftssystem statt.¹³⁴

¹³² Vgl. Casey/Koleski: Backgrounder, 2011, S. 1ff.

¹³³ Vgl. Gilley: Legitimacy and Institutional Change, 2008, S.271ff.

¹³⁴ Vgl. ebd., S.269ff.

3.2.3 Bedingte Legitimität über Präferenz, Macht und Interesse

Die KPCh schöpft ihre Legitimität also aus den Faktoren „Legalität“, „Übereinstimmung“, „Zustimmung“ und ganz besonders „Performance“. Unter Berücksichtigung der eingangs erwähnten Studien ist in dieser Hinsicht die weiterführende Frage interessant, inwiefern Elemente der Bedingten Legitimität verstärkend auf die Legitimität der kommunistischen Herrschaft in China einwirken.

Als schwierig einschätzbar erweist sich in diesem Zusammenhang die Variable „Präferenz“ für die Volksrepublik. Dies liegt zum einen an der äußerst vagen Definition des Begriffs durch Lamb, zum anderen aber auch an der nur schwer zu führenden Umsetzung auf den vorliegenden Fall. Ein Wahlverhalten, wie es beispielsweise in den USA mit der demokratischen und republikanischen Stammwählerschaft vorkommt und die allein aus Familientradition immer dem Kandidaten der einen bestimmten Partei ihre Stimme gibt,¹³⁵ existiert in China nicht, da keine Wahlen stattfinden.¹³⁶ Daher ist davon auszugehen, dass etwaige persönliche Präferenzen der Bevölkerung keinen Einfluss auf die Legitimität der Herrschaft durch die KPCh ausüben.

Etwas anders verhält es sich mit der Variable „Macht“, die sich in der Entwicklung der Mitgliederzahlen der KPCh ablesen lässt. Gewinnt die Partei an Mitgliedern, so scheint die Möglichkeit der Einflussnahme und Kontaktaufnahme zu den Regierenden des Landes eine gewisse Faszination auszuüben, an der sie im Rahmen des Systems teilhaben wollen.

In der Tat weisen die offiziell verfügbaren Zahlen auf steigende Mitgliederzahlen aus allen Gesellschaftsschichten hin: Während des 14. Nationalen Kongresses der KPCh im Oktober 1992 – also recht genau zu Beginn der Liberalisierung – besaßen 51 Millionen Chinesen ein Parteibuch, bei der 16. Parteiversammlung auf Nationalebene im November 2002 waren es dann bereits über 66 Millionen. Der letzte offiziell einsehbare Stand vom Dezember 2010 beläuft sich auf über 80 Millionen Parteimitglieder, was allein einen Anstieg um 2,27 Millio-

¹³⁵ Vgl. Lamb: Measuring Legitimacy in Weak States, 2005, S.19. Lamb widmet den Preferences in seinem Paper gerade einmal fünf Zeilen, welche er lediglich mit einem einzigen Satz näher präzisiert: „My mama was a democrat, so I'm a democrat, too.“ (ebd.) Aufgrund der allgemeinen Bekanntheit dieses Umstands habe ich mich für das gleiche Beispiel im Text entschlossen.

¹³⁶ Eine Ausnahme sind die manchmal im Nachbarschaftskreis oder auf dörflicher Ebene durchgeführten Wahlen; doch da die Kandidaten nicht aus verschiedenen politischen Lagern kommen, handelt es sich hier wohl eher um eine reine Personenwahl, die noch dazu keinen Einfluss auf die nationale Politik ausübt. Vgl. hierfür Schubert, Gunter (2006): Herrschaft, Vertrauen und Legitimität in der VR China, in: China aktuell, Nr. 2, S.28ff.

nen Mitglieder im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.¹³⁷ Wenngleich offizielle Zahlen aus autoritären Regimen mit besagter Vorsicht zu genießen sind, gelten die hier aufgeführten Daten im Allgemeinen als recht gesichert und entsprechen einem jährlichen Mitgliederzuwachs von ungefähr 1,5 Millionen pro Jahr. Die Liberalisierung und das im Grunde eigentlich nur noch nach außen hin transportierte Lippenbekenntnis zum Sozialismus bieten zudem auch einer inzwischen mehr pluralisierten Gesellschaft neue Möglichkeiten interner Parteiarbeit.¹³⁸

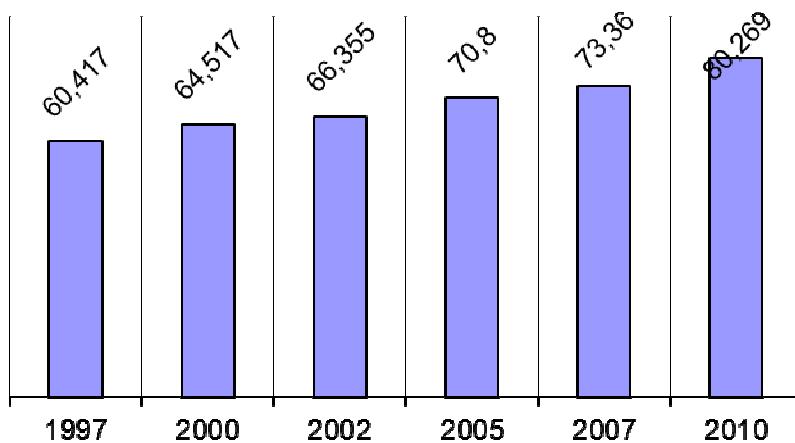


Abbildung 5: Entwicklung der absoluten Mitgliedszahlen der KPCh von 1997 bis 2010 in Millionen. Nach ChinaToday.com: China Information and Sources, Grafik aus eigener Erstellung.

Da davon ausgegangen werden kann, dass Neumitglieder mit ihrem Beitritt eher auf den Erhalt des Status Quo denn auf einen Umsturz des Systems abzielen, scheint die Aussicht, in geringem Maße an der Macht teilhaben zu können, also zumindest für manche Chinesen als zusätzlicher Faktor die Herrschaftslegitimität der KPCh zu verstärken. Wie hoch die Verlockung der Macht wirklich ausfällt, bleibt aber bis zu einem gewissen Teil Spekulation, da sie durch andere Effekte verzerrt wird. Denn schließlich hoffen viele von ihrem Beitritt in das Parteinetzwerk mit verbesserten Berufschancen und sozialen Vorteilen zu profitieren.¹³⁹ Es passt ins Bild, dass gut ausgebildete Chinesen unter 35 Jahren mittlerweile den Hauptanteil

¹³⁷ Vgl. CPCNews.cn: Q&A, unter: englischsprachige Website des Pressezentrums des 17. Nationalkongresses der KPCh im Jahr 2007, <http://english.cpcnews.cn/92277/6277861.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012); ChinaToday.com: China Information and Sources. The Communist Party of China (CPC, CCP), unter: englischsprachige Website des Parteiorgans China Today, <http://www.chinatoday.com/org/cpc/> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

¹³⁸ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.184ff., S.192ff.

¹³⁹ Vgl. Hartmann: Politik in China, 2006, S.188

der Neumitglieder stellen; eine Parteimitgliedschaft scheint also gerade für die aufstrebenden Mittelschichten von besonderer Bedeutung zu sein.¹⁴⁰

Einen weitaus größeren Einfluss dürfte indes die Variable „Interesse“ auf die Legitimität ausüben: „if people benefit from a particular social arrangement they are likely to support it voluntarily.“¹⁴¹ Daraus entsteht zwar wie gesagt keine Legitimität der Herrschaft an sich, doch es erklärt, warum die Betroffenen die Herrschaft unter Umständen als legitim ansehen, wenn sie von selbiger persönliche Vorteile erwarten können. Gilley bezeichnet ein solches Vorgehen völlig zu Recht als Klientelpolitik, in welcher nur bestimmte Gesellschaftsgruppen bevorzugt werden, um Legitimität gegenüber den Autoritäten zu generieren.¹⁴²

In der Volksrepublik China lässt sich analog eine besondere Patronage der Mittelschichten beobachten. Generell darf nicht vergessen werden, dass ein Großteil dieser Gesellschaftsgruppierung seinen Verdienst von staatseigenen oder zumindest staatsnahen Unternehmen bezieht¹⁴³; ein Erhalt des Status Quo sorgt also auch für persönliche finanzielle Sicherheit und Planungsmöglichkeit. Viele Angehörige der Mittelschichten sind damit schon allein aus beruflichen Gründen von der KPCh abhängig und teilen notwendig das Interesse der Partei nach langfristiger Stabilität. Das sich daraus ergebende Abhängigkeitsverhältnis spiegelt sich ebenso in den politischen Maßnahmen wider, indem beispielsweise entlastende Steuerreformen für die arme und überbelastete Landbevölkerung sofort nach ihrem Inkrafttreten wieder abgeschafft werden, während man aber im gleichen Zuge die Gehälter von Bediensteten im öffentlichen Dienst innerhalb weniger Jahre um insgesamt 60% erhöht.¹⁴⁴

Zu guter Letzt kommt der Korruption eine sehr spezielle Rolle zu: Die Bestechung von Kadern treibt nämlich nicht nur die Karriere voran oder ermöglicht gewinnmaximierende Projekte des eigenen Unternehmens, sondern bringt sowohl den KPCh-Politiker auf der einen Seite als auch den chinesischen Bürger auf der anderen Seite in ein zweites Abhängigkeitsverhältnis, an dessen Auflösung keiner der beiden interessiert sein kann. Der eine verlässt nämlich seine illegalen Einnahmen und müsste bei Bekanntwerden drakonische Strafen fürchten, der andere würde sich seines momentanen Wettbewerbsvorteils gegenüber der Konkur-

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S.184

¹⁴¹ Lamb: Measuring Legitimacy in Weak States, 2005, S.17

¹⁴² Vgl. Gilley: Legitimacy and Institutional Change, 2008, S.273

¹⁴³ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.192

¹⁴⁴ Vgl. He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.474f.

renz berauben und sich der Gefahr von Wohlstandsverlusten aussetzen.¹⁴⁵ Dies gilt umso mehr für den in China ausgeprägten Schattenwirtschaftssektor, der ohne Korruption undenkbar wäre.¹⁴⁶

Die allgemeine Steigerung der eigenen Einkünfte ist ein erklärtes Ziel vieler Chinesen, das durch die staatliche Politik tatkräftig unterstützt wird; „Sie studieren für wirtschaftlichen Erfolg, Reichwerden, Firmengründung oder Anstellung bei angesehenen Firmen mit guten Aufstiegsmöglichkeiten.“¹⁴⁷ Eine Auflösung der alten Ordnung könnte daher aus Sicht der bisherigen Nutznießer zu ungünstigen politischen Kursänderungen und sinkenden Einkommen führen – ein Szenario, das schon aufgrund der in der Bevölkerung verwurzelten Angst vor einem Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit unerwünscht ist.¹⁴⁸ Die Patronage des Systems – geäußert in der Garantie stetiger Einkommenszuwächse, der Stabilität des Systems sowie der auf Korruption gründenden *win-win situation* für Kader und Individuen – führt hierbei tendenziell zu Unterstützung und Loyalität durch Teile einflussreicher Gesellschaftsgruppen. Daher haben gerade Angehörige der Mittelschichten Anreize, aus Gründen der eigenen Vorteilsnahme die Vormachtstellung der KPCh zu unterstützen. Auf diese Weise tragen sie auf ganz persönliche Weise dazu bei, die Legitimität der kommunistischen Herrschaft noch weiter zu verstärken.

4 Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Herrschaft der KPCh mittels vier potentieller Quellen gegenüber der chinesischen Bevölkerung legitimiert. Erstens ist der Anspruch auf Alleinherrschaft in der Verfassung und damit als geltende Gesetzesnorm festgeschrieben; die Herrschaft der Partei ist folglich auf ihr System bezogen legal und erzeugt in dieser Dimension Herrschaftslegitimität.

¹⁴⁵ Vgl. ebd., S.157ff., 169ff.. *Die Schlussfolgerung lässt sich auch spieltheoretisch begründen: Wenn die erwarteten Einkünfte aus Kooperation (beziehungsweise Bestechung) nach Abzug der Kosten höher sind als aus Nicht-Kooperation (beziehungsweise keine Bestechung), werden sich rationale Akteure stets für Kooperation, also Bestechung entschließen, insbesondere wenn kein (funktionierender) externer Regulationsrahmen vorliegt.*

¹⁴⁶ Vgl. He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.380ff.

¹⁴⁷ Hartmann: Politik in China, 2006, S.188

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 195; Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.193

Zweitens stimmen eben jene Gesetze mit den Ansprüchen der chinesischen Population überein, die in der großen Masse noch kein Interesse an einer Demokratisierung zeigt. Die Alleinherrschaft der KPCh wird dem Chaos, das aus Sicht vieler Chinesen bei der Entstehung einer Demokratie entstehen soll, eindeutig aufgrund eigener Stabilitäts- und Sicherheitserwägungen vorgezogen. Mit der normativen Deckungsgleichheit zwischen Gesetz, Partei und Bevölkerung wird also auch in dieser Dimension Legitimität für die Herrschaft durch die KPCh generiert.

Drittens findet die Politik der Partei eine explizite Zustimmung bei den Mittelschichten, welche die einflussreichste soziale Gruppierung stellen und damit als einzige Gesellschaftsschicht über das Potential einer Systemwechselinitiierung verfügen. Gerade die Demokratisierung in Taiwan, Thailand oder Südkorea zeigt die tragende Rolle, welche den Mittelschichten und damit der Legitimitätsdimension „Zustimmung zur Herrschaft“ in der Realität zukommt.¹⁴⁹ Die Herrschaftslegitimität der KPCh geht damit auch weit über den von Max Weber formulierten Legitimitätsgründen hinaus: Die Legitimität ihrer Führung ist eben nicht durch den puren Glauben an einen rationalen, traditionalen oder charismatischen Regierungstypus bedingt, sondern entsteht stattdessen ganz konkret aus der sowohl durchkalkulierten als auch deutlich artikulierten Entscheidung der Bevölkerung, der Herrschaft in der existierenden Form zuzustimmen. Folglich ist die Herrschaft durch die KPCh in dieser Dimension ebenfalls legitimiert.

Viertens nimmt im gleichen Maße die Performance-Legitimität einen herausragenden Stellenwert ein. Die Erfüllung der Erwartungen der Mittelschichten über eine gelungene Wirtschaftspolitik und die daraus resultierenden Einkommens- und Vermögensgewinne honorierten die Angehörigen der einflussreichsten Gesellschaftsgruppierung mit der Anerkennung des Systems – und sorgen somit für dessen Legitimität. Auf diesen immanenten und im Falle der Volksrepublik China vielleicht sogar wichtigsten Zusammenhang wird in der internationalen China-Forschung häufig verwiesen. Schubert spricht völlig zu Recht von „kontinuierliche[n] Vertrauensbeweise[n] des Systems und seiner Akteure i.S. von Verlässlichkeit und positiver Performance“¹⁵⁰, während Gilley, den gleichen Gedanken aufgreifend, Wirtschaftswachstum und ökonomische Entwicklung figurativ als erste Hauptursache zur Erzeugung von Herrschaftslegitimität in China aufführt.¹⁵¹

¹⁴⁹ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.192

¹⁵⁰ Schubert: Herrschaft, Vertrauen und Legitimität in der VR China, 2006, S.20

¹⁵¹ Vgl. Gilley: Legitimacy and Institutional Change, 2008, S.271

Unterstützend greift die KPCh die individuellen Interessen der Mittelschichten auf, was deren gering ausgeprägten politischen Gestaltungswillen weiterhin hemmen dürfte. Die Wirklichkeit zeugt deutlich von der Parteipatronage, die sich bei der Wahl ihrer Maßnahmen stets den stärksten Gruppen zuneigt und schwächere Gesellschaftsteile schnell außer Acht lässt.¹⁵² Trotz dieser – aus unserer westlichen Sicht wohlgernekt – Ungerechtigkeit sehen die Vertreter der Mittelschichten ihre Interessen berücksichtigt und erwidern die erhaltenen Begünstigungen mit einer verstärkten Anerkennung des Regimes, umso mehr, als dass sie schon oft beruflich davon abhängig sind. Parallel dazu gibt es schwache Anzeichen, dass die durch die KPCh vertretene und ausgeübte Macht einen gewissen positiven Anreiz auf Angehörige der Mittelschichten ausübt und damit Loyalität gegenüber der Partei generiert. Auf beide Weisen wird zwar keine Legitimität an sich erzeugt, doch verstärken sie die Akzeptanz und Anerkennungswürdigkeit der Herrschaft von Seiten einzelner Individuen.

Die analysierten Faktoren für die Legitimität von Herrschaft erklären also nicht nur, warum die KPCh in den Augen der chinesischen Bevölkerung überhaupt legitimiert ist; sie geben zusätzlich sogar noch starke Hinweise darauf, warum die Volksrepublik in einigen Studien über so hohe Legitimitätswerte verfügt. Mit Blick auf die Hinwendung zu einem mehr an Nachhaltigkeit orientierterem Wachstum kann dabei sogar davon ausgegangen werden, dass sich an diesem besonderen Verhältnis kurz- und mittelfristig nichts ändern wird. Ökonomische Nachhaltigkeit bezieht sich nämlich ausdrücklich „auf die Aufrechterhaltung einer gewünschten Lebensqualität im Zeitablauf.“¹⁵³ Gewinnzuwächse sollen dementsprechend über einen langen Zeitraum in möglichst konstanten Größen für die Gesellschaft erwirtschaftet werden¹⁵⁴ – ein Vorhaben, das ganz nach dem Geschmack der chinesischen Mittelschichten sein muss, deren Hauptanliegen an die KPCh schließlich Einkommens- und Vermögenszuwächse beinhaltet.

Nachhaltigkeit ermöglicht aber nicht nur die Einbindung der Mittelklassen als sozial stärkste Gruppen, sondern schließt über ihre ökologische und soziale Komponente die Unterschicht mit ein. Vor allem die zahlreiche Landbevölkerung sieht sich zum einen massiven

¹⁵² Vgl. He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.474f.

¹⁵³ Hauff, Michael von: Nachhaltigkeit – ein Erfolgsfaktor für mittelständische Unternehmen. Anforderungen an Politik, Gewerkschaften und Unternehmen. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, unter: Online-Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08225.pdf> (letzter Zugriff am 02.07.2012), S.16

¹⁵⁴ Vgl. ebd., S.17f.; Blanchard/Illing: Makroökonomie, 2009, S.837ff.

Umweltschädigungen gegenüber, die ihre Grundlagen zerstören,¹⁵⁵ während sie auf der anderen Seite mit einer allgemeinen Verschlechterung ihrer gesellschaftlichen Situation zu kämpfen hat. Dazu gehören insbesondere Armut, mangelhafte Bildung sowie ein kaum vorhandenes Gesundheits- und Sozialsystem.¹⁵⁶ Das inzwischen verstärkt auch auf eine Verbesserung dieser Missstände ausgerichtete Engagement findet sich daher folgerichtig auch im aktuellen Fünf-Jahresplan wieder.¹⁵⁷ Eine tendenziell stärker an Nachhaltigkeit orientierte Wirtschaftspolitik dürfte demnach sowohl die Existenzkrise der Unterschicht entschärfen als auch unter Umständen Zustimmung zur Herrschaft aus einer Gruppe kreieren, die zwar zugegeben (noch) keine gesellschaftliche Handlungsmacht besitzt, aber eben allein aufgrund ihrer Masse nicht ganz zu vernachlässigen ist.

Die neue Nachhaltigkeitsstrategie der KPCh wird so gesehen erst unter dem Gesichtspunkt der Herrschaftslegitimität in ihrer ganzen Tiefe verständlich – umso mehr, als dass die Verbesserung des Lebensstandards für die Mittelschichten über eine funktionierende Performance bislang eine der wichtigsten Quellen des Machterhalts für die Partei darstellt.¹⁵⁸ Im gleichen Sinne wird inzwischen in der China-Forschung davon ausgegangen, dass die KPCh bei anhaltendem Erfolg ihrer Politik noch zehn bis 15 Jahre der Herrschaft vor sich hat, ehe die Demokratisierung in der Volksrepublik Fuß fassen kann.¹⁵⁹ Diese Prognose ist allerdings mit einer gewissen Vorsicht zu genießen; gerade ökonomische Einflussgrößen wie die Entwicklung und Volatilität der Weltwirtschaft, welche sich für eine exportorientierte Nation wie die Volksrepublik als mitentscheidend für die politisch-gesellschaftliche Stabilität darstellt, können für die Zukunft nur schwer abgeschätzt werden. Nicht umsonst hielt Vetter daher bereits 1983 vollkommen richtig fest, dass es aufgrund der insgesamt komplizierten Gemenge-

¹⁵⁵ Vgl. Schoettli: China, 2007, S.187ff.

¹⁵⁶ Vgl. Heberer: Soziale Herausforderungen, 2007, S.472ff.. Offizielle Zahlen sind nur schwer zu bekommen, für die Unterversorgung im Gesundheitswesen gibt es jedoch einige gute Beispiele. Im Jahr 2000 beinhaltete etwa der ländliche Raum trotz seiner Größe und Bevölkerungszahl gerade einmal 20% aller chinesischen Gesundheitseinrichtungen und was damit drastisch benachteiligt (vgl. ebd., S.473).

¹⁵⁷ Vgl. Casey/Koleski: Backgrounder, 2011, S.5. Im aktuellen Leitplan ist zum Beispiel davon die Rede, 36 Millionen günstige Wohnmöglichkeiten zu schaffen, den Versicherungsschutz auszuweiten und die durchschnittliche Lebenserwartung der Chinesen bis 2015 um mindestens ein Jahr zu steigern (vgl. ebd., S.5ff.).

¹⁵⁸ Vgl. Heilmann: Das politische System der VR China, 2007, S.193

¹⁵⁹ Vgl. He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.505; Hartmann: Politik in China, 2006, S.193ff.; Heilmann: Das politische System der VR China, 2004, S.288

lage „nach wie vor ein heikles Unterfangen [bleibt], über Chinas weitere innenpolitische Entwicklung längerfristige Prognosen zu stellen.“¹⁶⁰

Überhaupt kommt der Generierung und Aufrechterhaltung von Legitimität inzwischen eine überragende Rolle unter sowohl Kadern als auch chinesischen Intellektuellen zu. Auffällig ist hierbei schon allein die erhöhte Anzahl von in der Volksrepublik veröffentlichten Publikationen: Erschienenen laut einer Auswertung von Gilley im Jahr 2002 weniger als 20 Arbeiten zu diesem vormals verpönten Thema im China Academic Journals Database, so waren es 2004 bereits über 70 und 2006 schon über 80 Forschungswerke.¹⁶¹ Ein genereller Systemwechsel steht für die chinesischen Intellektuellen dabei nicht zur Debatte – stattdessen werden verstärkt Mittel und Wege gesucht, Reformen der KPCh gegenüber der Bevölkerung zu legitimieren und ihre Herrschaft dauerhaft zu erhalten.¹⁶²

Die Erfolge der KPCh, ihre Herrschaft zu legitimieren und damit ganz entscheidend zu verlängern, sind der Weltgemeinschaft natürlich nicht verborgen geblieben. Obwohl westliche China-Forscher und Regimeflüchtlinge zu Recht die Defizite in der Demokratisierung bemängeln, so müssen doch auch sie inzwischen eingestehen, dass die Herrschaft der KPCh gegenüber der chinesischen Bevölkerung legitimiert zu sein scheint. Das ist wohlgemerkt keine Verteidigung der staatlichen Repression und der fehlenden Anerkennung von Menschenrechten, aber eine Schlussfolgerung, die sich zwangsläufig aus der vorliegenden Arbeit ergibt. Entscheidend ist, unter welchen Gesichtspunkten denn nun Maß genommen wird. Dementsprechend muss das Verständnis von Legitimität im Sinne normativer Demokratietheorien notwendig zu einem anderen Ergebnis kommen, als wenn man wie hier das Legitimitätsverhältnis zwischen Herrschaft und Beherrschten in einem empirischen Fall betrachtet.

Unter Berücksichtigung der Realität muss ich deshalb wie jeder objektive Wissenschaftler – wenngleich es den eigenen Moralvorstellungen als emanzipiertes Kind der Demokratie widersprechen mag – zu folgendem Ergebnis kommen: Ja, die Herrschaft der KPCh ist legitimiert, und zwar in ganz entscheidender Weise über Legalität, die Übereinstimmung von Normen und Gesetz, die Zustimmung durch die Mittelschichten und schlussendlich der Effektivität der Markoliberalisierung. Mehr noch: Solange die Partei es schafft, die entscheidenden

¹⁶⁰ Vetter, Horst F.: Chinas neue Wirklichkeit. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nach Mao. Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York 1983, S.159

¹⁶¹ Vgl. Gilley: Legitimacy and Institutional Change, 2008, S.269ff.

¹⁶² Vgl. Leonard: Was denkt China?, 2009, S.88ff.

Gesellschaftsteile in selbigen Dimensionen hinter sich zu versammeln, solange steht zu vermuten, dass sie auch ihren Anspruch auf Alleinherrschaft durchsetzen kann. Die Volksrepublik wird schon allein aus diesem Grund für die nächste Zeit ein Fall von besonderem Interesse für die Politikwissenschaften bleiben; das Regime jedenfalls sieht einer Zukunft mit zunehmenden Konflikten sowohl in Bezug auf die eigene Bevölkerung als auch mit der Internationalen Gemeinschaft entgegen.¹⁶³

„China hat den Zenith seiner nationalen Machtentfaltung noch nicht erreicht. Da dieses Bewusstsein in China fest verankert ist und im internationalen Bedeutungsgewinn des Landes eine reale Bestätigung findet, werden sich Chinas Nachbarländer, die USA und die europäischen Staaten einer grundsätzlichen Herausforderung stellen müssen: Die Weltordnung, die China akzeptieren kann, gibt es noch nicht.“¹⁶⁴

¹⁶³ Vgl. Hartmann: Politik in China, S.193ff.; Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.281ff.; He: China in der Modernisierungsfalle, 2006, S.505ff.

¹⁶⁴ Heilmann: Das politische System der Volksrepublik China, 2004, S.296

Anhang: Literaturverzeichnis

Fachliteratur

Die Angabe in der eckigen Klammer bezeichnet den Aufenthaltsort eines Bandes in den Bibliotheken am Englischen Garten der Ludwigs-Maximilians-Universität München (Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften, Oettingenstraße 67), falls er dort für diese Arbeit entnommen wurde.

Sofern auf mehrere Beiträge in einem Sammelband zugegriffen wurde, habe ich die jeweiligen Artikel einzeln aufgegliedert, um eine bessere Übersicht über die verwendete Literatur zu ermöglichen.

Achini, Christoph: Szenarien für die zukünftige Entwicklung von demokratischen und autokratischen Regierungssystemen in einem globalisierten Umfeld. Eine empirische Analyse der Wirkungszusammenhänge von Modernisierung, Globalisierung und Demokratie unter besonderer Berücksichtigung des Faktors ‚politische Legitimität‘. Druckerei der Universität Zürich, Zürich 1999

Anter, Andreas: Max Webers Staatssoziologie im zeitgenössischen Kontext, in: *Anter, Andreas/Breuer, Stefan* (Hrsg.): Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S.13-38 [P 1.7 WEB.ANT1]

Beetham, David: Max Weber and the Theory of Modern Politics. Polity Press, Cambridge 1985, 2. Auflage [P 1.7 WEB.BEE1]

Beetham, David: The Legitimation of Power. The Macmillan Press LTD, Hounds mills, Basingstoke, Hampshire 1991 [V 2.1 BEET]

Blanchard, Olivier/Illing, Gerhard: Makroökonomie. 5., aktualisierte und erweiterte Auflage. Pearson Studium, München 2009

Casey, Joseph/Koleski, Katherine: Backgrounder: China's 12th Five-Year Plan. Online-Publikation für die U.S.-China Economic & Security Review Commission, 2011, unter: Website der U.S.-China Economic & Security Review Commission, http://www.uscc.gov/researchpapers/2011/12th-FiveYearPlan_062811.pdf (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Fischer, Doris/Schüller, Margot: Wandel der ordnungspolitischen Konzeptionen seit 1949, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.227-247 [CA 1 HERRa]

Fischer, Doris: Integration in die Weltwirtschaft, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.332-358 [CA 1 HERRa]

Fitzi, Gregor: Max Webers politisches Denken. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2004

Gilley, Bruce: The Determinations of State Legitimacy: Results for 72 Countries, in: Political Science Review, Vol. 27/Nr. 1, 2006, S.47-71

Gilley, Bruce: Legitimacy and Institutional Change: The Case of China, in: Comparative Political Studies, Vol. 41/Nr. 3, 2008, S.259-284

Hartmann, Jürgen: Politik in China. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006 [CA 2 HART]

Hauff, Michael von: Nachhaltigkeit – ein Erfolgsfaktor für mittelständische Unternehmen. Anforderungen an Politik, Gewerkschaften und Unternehmen. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, unter: Online-Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08225.pdf> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

He, Qinglian: China in der Modernisierungsfalle. Hamburger Edition HIS Verlagsges., Hamburg 2006 [CA 4.1 HEQI]

Heberer, Thomas: Soziale Herausforderungen im städtischen und ländlichen Raum, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.463-490 [CA 1 HERRa]

Heberer, Thomas/Schubert, Gunter: Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China. Band I: Der urbane Raum. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008 [CA 2.83 HEBEa]

Heberer, Thomas/Senz, Anja D.: Reform, Demokratisierung, Stabilität oder Kollaps? Literaturbericht zur Entwicklung des chinesischen Herrschaftssystems, in: Politische Vierteljahrsschrift, Vol. 50/Nr. 2, 2009, S.306-326

Heidenreich, Felix: Ökonomismus – eine Selbstgefährdung der Demokratie? Über Legimation durch Wohlstand, in: *Brodocz, Andre/Llanque, Marcus / Schaal, Gary* (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S.371-383 [P 1.8 BROD]

Heilmann, Sebastian: Das politische System der Volksrepublik China. 2., aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004 [CA 2 HEIL]

Heilmann, Sebastian: Das politische System der VR China: Modernisierung ohne Demokratie?, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.181-197 [CA 1 HERRa]

Heuser, Robert: Das Rechtssystem in der Entwicklung, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.421-432 [CA 1 HERRa]

Hobbes, Thomas: Leviathan. Cambridge University Press, Cambridge 2007 (Reprint: Original 1651), 10. Auflage [P 1.4 HOB27a]

Klaschka, Siegfried: Die politische Geschichte im 20. Jahrhundert, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.129-155 [CA 1 HERRa]

Krugman, Paul/Obstfeld, Maurice/Melitz, Marc: Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft. 9., aktualisierte Auflage. Pearson Deutschland GmbH, München 2012

Lamb, Robert D.: Measuring Legitimacy in Weak States. Working Paper am Center for International and Security Studies at Maryland der University of Maryland, 2005, unter: http://www.cissm.umd.edu/papers/files/lamb_measuring_legitimacy_2005.pdf (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Leonard, Mark: Was denkt China? Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2010, 2. Auflage [CA 1 LEON]

Lieberthal, Kenneth G.: Introduction: The „Fragmented Authoritarianism“ Model and Its Limitations, in: *Lieberthal, Kenneth G./Lampton, David M.* (Hrsg.): Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China. University of California Press, Berkley, Los Angeles 1992, S.1-32 [CA 2.35 LIEB]

Lipset, Seymour Martin: Political Man. The Social Bases of Politics. Doubleday & Company, New York 1960 [P 3.35 LIPSE]

Machiavelli, Niccolò: Il Principe. Der Fürst. Philipp Reclam jun., Stuttgart 2007 (Reprint: Original 1532) [P 1.3 MAC24a]

Puddington, Arch: Freedom in the World 2012: The Arab Uprisings and Their Global Repercussions. Online-Publikation für Freedom House, 2012, unter: Website von Freedom House, http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline_images/FIW%202012%20Booklet--Final.pdf, (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Schluchter, Wolfgang: „Wirtschaft und Gesellschaft“ – Das Ende eines Mythos, in: *Weiß, Johannes* (Hrsg.): Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung. Suhrkamp, Frankfurt/Main 1989, S.55-89 [P 1.7 WEB.WEI1]

Schmidt-Glintzer, Helwig: Wachstum und Zerfall des kaiserlichen China, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.101-128 [CA 1 HERRa]

Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen. Drucker & Humblot, Berlin 1932, 7. Auflage [P 1.7 STT6a]

Schoettli, Urs: China – die neue Weltmacht. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2007 [CA 1 SCHO]

Schubert, Gunter: Herrschaft, Vertrauen und Legitimität in der VR China, in: China aktuell, Nr. 2, 2006, S.5-39

Schubert, Gunter: Taiwans langer Weg zur konsolidierten Demokratie, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.198-223 [CA 1 HERRa]

Schwaabe, Christian: Politische Theorie 1. Von Platon bis Locke. Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2007

Sun, Ivan/Hu, Rong/Wu, Yuning: Social Capital, Political Participation, and Trust in the Police in Urban China, in: Australian & New Zealand Journal of Criminology, Vol. 45/Nr. 2, 2012, S.87-105

Taube, Markus: Wirtschaftliche Entwicklung und struktureller Wandel seit 1949, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.248-264 [CA 1 HERRa]

Taubmann, Wolfgang: Naturräumliche Gliederung und wirtschaftsgeographische Grundlagen, in: *Fischer, Doris/Lackner, Michael* (Hrsg.): Länderbericht China. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, 3. Auflage, S.15-49 [CA 1 HERRa]

Vetter, Horst F.: Chinas neue Wirklichkeit. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nach Mao. Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York 1983 [CA 4 VETT]

Wang, Zhenxu: Before the Emergence of Critical Citizens: Economic Development and Political Trust in China. Online-Publikation für die World Values Survey Association, 2005, unter: Website des World Values Survey, http://www.worldvaluessurvey.org/wvs/articles/folder_published/publication_493/files/Trust%20in%20China.doc (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Weatherford, M. Stephen: Measuring Political Legitimacy, in: American Political Science Review, Vol. 86/Nr. 2, 1992, S.149-166

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1972, 5. Auflage [P 1.7 WEB1]

Internetreferenzen

China.org: Das System der Volkskongresse, unter: deutschsprachige Website des Volkskongresses, <http://german.china.org.cn/de-zhengzhi/3.htm> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

ChinaLabourBulletin.org: Wages in China, unter: englischsprachige Website der NGO China Labour Bulletin, <http://www.clb.org.hk/en/node/100206> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

ChinaToday.com: China Information and Sources. The Communist Party of China (CPC, CCP), unter: englischsprachige Website des Parteiorgans China Today, <http://www.chinatoday.com/org/cpc/> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

CPCNews.cn: Q&A, unter: englischsprachige Website des Pressezentrums des 17. Nationalkongresses der KPCh im Jahr 2007, <http://english.cpcnews.cn/92277/6277861.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Eurostat.ec: Wachstumsrate des realen BIP – Volumen. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (%), unter: deutschsprachige Website der Eurostat, Daten für 2012, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=tsieb020&language=de&toolbox=data> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

PeopleDaily.com: Constitution of the People’s Republic of China, unter: englischsprachige Website des People’s Daily, <http://english.peopledaily.com.cn/constitution/constitution.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Transparency.de: Corruption Perceptions Index 2004. Tabellarisches Ranking, unter: deutsche Website von Transparency International, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.542.0.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Transparency.de: Corruption Perceptions Index 2011. Tabellarisches Ranking, unter: deutsche Website von Transparency International, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2021.0.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

WorldBank.org: China. World Development Indicators, unter: Website der World Bank, Data, <http://data.worldbank.org/country/china> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

WorldValuesSurvey.org: Online Data Analysis. Aims of Country: First Choice, unter: Website des World Values Survey für 2005-2008, <http://www.wvsevsdb.com/wvs/WVSAnalizeQuestion.jsp> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

WTO.org: Understanding the WTO. What We Do, unter: Website der World Trade Organization, http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/what_we_do_e.htm (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Zeitungen und Nachrichtenagenturen

Eckholm, Erik: Even in New York, China Casts a Shadow, unter: The New York Times Online, 18.06.2012, http://www.nytimes.com/2012/06/19/world/asia/chen-guangcheng-is-safe-in-new-york-but-thinks-of-china.html?_r=1 (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Freeman, Will: The Accuracy of China’s ‘mass incidents’, unter: Financial Times Online, 02.05.2010, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/9ee6fa64-25b5-11df-9bd3-00144feab49a.html#axzz1x1L3LLaN>, (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Grzanna, Marcel: Weniger soll mehr sein, in: Süddeutsche Zeitung, 68. Jahrgang/10. Woche/Nr. 55, 06.03.2012 München, S.8

Kirchner, Ruth: Tibetischer Protest gegen Peking: Die Serie der Selbstverbrennungen reißt nicht ab, unter: Tagesschau.de, 11.06.2012, <http://www.tagesschau.de/ausland/tibet-selbstverbrennungen100.html> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Xin, Zhou/Yao, Kevin: Update 3 – China Cuts 2012 Growth Target to 7.5 pct, Stability Key, unter: Reuters Online, 04.03.2012, <http://www.reuters.com/article/2012/03/05/china-npc-budget-idUSL4E8E50BT20120305> (letzter Zugriff am 02.07.2012)

Anhang: Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe.

Diese Arbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

Maximilian Johann Gerl

München, den 11.07.2012